

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Mauer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibenspinnereien und Glasereien, für Gipser, Putzer, Stuckateure, Asphaltierer, Fliesenleger, Ofenbauer, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom Deutschen Baugewerksbund Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehngespaltene Millimeterzeile 1,25 M. Bei größeren Abschläffen Rabatt, der nur als Kassarabatt gilt. Arbeitsmarkt die dreigespaltene Zeile 3 M., Anzeigen der Bauvereine 50 %

Die koloniale Ausbeutung und Europas Arbeiter.

Es lohnt sich wohl, in der heutigen bewegten Zeit einmal den weltpolitischen Horizont abzutasten und den Triebkräften nachzuspüren, die an den verschiedensten Stellen auf unserm Planeten eine starke Unruhe hervorgerufen haben. Wir lasen in der Tagespresse von einem sozialen Aufstand auf Java, wir lesen von politisch-wirtschaftlichen Differenzen in Nicaragua, zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko. Nicht zuletzt aber ist es die große nationale Revolution in China, die unser Interesse wachruft. Wir sehen Kriegsschiffe auf der Fahrt; Waffen aller Gattungen blitzen und beleuchten gleich grellen Scheinwerfern das alte, große Problem kolonialer Ausbeutung.

Allerdings: Was da in den verschiedenen ganz- oder halbkolonialen Ländern vor sich geht, läßt sich nicht durch eine Formel ausdrücken. Auf Java und in China handelt es sich um das Auftreten von Gegenkräften gegen den Imperialismus der kapitalistischen Mächte. Auch in Mexiko und Nicaragua sind solche Gegenkräfte wirksam; Mexiko möchte sich vom amerikanischen Despotismus, Nicaragua vom amerikanischen Finanzkapital unabhängig machen. Aber immerhin hat die amerikanische Intervention, die in Mexiko Revolutionen angezettelt, in Nicaragua Revolutionen unterdrückt, im Gegensatz zu Java und China einen andern Charakter, denn sie steht im Dienste einer weiteren kapitalistischen Expansion und beabsichtigt die Befestigung ihrer Vormacht und die Beherrschung Mittelamerikas. Was in China und Java vor sich geht, das ist in grober Form das Bestreben, das wir in modernisierter Form in Kanada, Südafrika, Australien und Indien beobachten; es ist das Bestreben, sich vom Mutterlande politisch und wirtschaftlich unabhängig zu machen.

Man glaube aber nun nicht etwa, aus all diesen weltpolitischen Ereignissen sei auf einen Niedergang des kapitalistischen Systems in den jenen Ländern zu schließen. Im Gegenteil steht hinter diesen Bewegungen in den Kolonien deren fortschreitende kapitalistische Durchdringung, ihre Einbeziehung in die kapitalistische Produktionsweise. Diese stetig fortschreitende Entwicklung bringt die Enteignung, den wirtschaftlichen Niedergang der Eingeborenen. Die bisher selbständigen Pflanzler werden zu Lohnkulis; sie werden auch vielfach wegen ihrer Abneigung gegen die Fabrikarbeit zur Zwangsarbeit angefaßt. Die sozialen Aufstände auf Java und Sumatra spiegeln nur diesen Entwicklungsgang wieder; es sind die zur Verzweiflung getriebenen Massen, die sich gegen solchen Zwang auflehnen. Auch der nationalistische Freiheitskampf in China entspringt ähnlichen Ursachen. Er bedeutet nicht etwa eine Abgabe an den Kapitalismus, sondern die Vorbereitung eines chinesischen Kapitalismus. Man will dort die kapitalistische Produktion gewaltig erweitern, jedoch soll dies unter chinesischer Führung geschehen. Das war auch der Sinn des erfolgreichen Unabhängigkeitskampfes der Türkei unter Kemal Mustafa. Und auch in Indien, wo Mahatma Gandhi das Volk von der Fabrikarbeit wieder zum Spinnrad zurückführen möchte, liegt ohne Zweifel etwas ganz anderes im Zuge der Entwicklung, auch dort drängen starke Triebkräfte hin auf die Schaffung eines indischen Kapitalismus.

Überall sind neue Kräfte am Werke, eine neue Phase des Imperialismus ist im Anzuge. Uns liegt ob, zu untersuchen, ob und in welcher Weise die europäische Wirtschaft dabei in Mitleidenschaft gezogen werden könnte; denn bei der Weltverflochtenheit des Kapitalismus rückt die Behandlung dieser Frage auch für die Arbeiterchaft in den Vordergrund. In Europa und Amerika stehen wir im Zeitalter der Betriebskonzentration

und Mechanisierung. Die Einstellung arbeitssparender Maschinen drängt sich überall in den Vordergrund. Damit wächst die Ergiebigkeit der Produktion. Der Mechanismus der Produktion gestattet aber nicht, die steigenden Warenmengen innerhalb der sie herstellenden Arbeitermassen reiflos abzugeben. Es verbleibt ein unverkäuflicher Rest, der nach einer veralteten Theorie allein im nicht kapitalistischen Raum abgesetzt werden kann.

Dagegen geht das Streben des Sozialismus, der angeblich die Unterdrückung der freien Individualität bezwecken soll, in erster Linie darauf hin, die mit der freien Entwicklung der Individualität unverträglichen Zustände und Einrichtungen zu beseitigen, und das in der bewußten Absicht, die freie Entwicklung der Individualität, die Ausbildung eines jeden Individuums zu einer freien, ausgeprägten Persönlichkeit zu ermöglichen.

Wilhelm Liebknecht.

Selbst dies nicht, so führt dieser Zustand zu starken Wirtschaftskrisen und macht schließlich auch Kriege unvermeidbar.

Das wäre auf den ersten Blick und nach alter Anschauung die Folge, wenn es den Kolonialländern gelänge, sich kapitalistisch selbständig zu machen und eine eigene Produktion durchzuführen. Die weitere Folgerung wäre, daß auch die Arbeiter Europas und Nordamerikas ein Interesse haben müßten am Fortbestand der kolonialen Ausbeutung. Im Verfolg dieser Anschauung müßten wir also zu dem Wunsche kommen, daß die Kolonien der europäischen oder amerikanischen Notmäßigkeit auch fernherhin unterworfen sein mögen, also die Kolonialpolitik auch von den Arbeitern zu unterstützen sei im Interesse des vermehrten Absatzes der in den kapitalistischen Ländern erzeugten Ueberproduktion. In der Tat hat dies manches für sich und man hat diese Theorie den europäischen Arbeitern vielfach und teilweise mit Erfolg eingeredet versucht. In England zum Beispiel hat man den Arbeitern oftmals gesagt, ein Verzicht auf die koloniale Ausbeutung würde eine Verschlechterung des Lebensstandes der englischen Arbeiter bedeuten. Es seien die kolonialen Extraprofite, die den englischen Unternehmern die Zahlung verhältnismäßig höherer Löhne an die englischen Arbeiter erlaubten. Wie steht es nun mit solchen Behauptungen?

Zweifellos dient die Warenausfuhr nach den Kolonien nicht allein der Bezahlung der Rohstoffe und Lebensmittelausfuhr aus den Kolonien, sie ist außerdem noch ein unentbehrliches Mittel zur Ausnutzung des kapitalistischen Produktionsapparates. Die Extraprofite aus der kolonialen Ausbeutung aber werden erzielt entweder durch gewalttätige Ausdrängung von Ausfuhrwaren zu übermäßig hohen, oder aber — und dies ist die Regel — durch die Erwerbung der in den Kolonien mit Hilfe der Kapitalanlagen hergestellten Waren zu äußerst niedrigen Preisen. Erinnert sei nur an Gummi, Tee, Kaffee, Tabak, Baumwolle, Eisenblech, Öl, Edelmetalle, Edelsteine und Süßfrüchte. Die teuer

aufgebrängten Ausfuhrwaren verschlechtern aber den Lebensstandard der kolonialen Bevölkerung. Einher geht mit der Kuliarbeit der Eingeborenen zu ungemäßen niedrigen Löhnen bei langer Arbeitszeit die kapitalistische Erschließung der Kolonialländer durch das fremde Anlagekapital. So erwerben die fremden Unternehmer die koloniale Arbeit unter ihren Produktionskosten, davon stammen die über den durchschnittlichen Mehrwert hinausgehenden Extraprofite. Die Kapitalisten aber verkaufen ihre billig erstandenen Kolonialprodukte trotzdem nicht billiger, sie richten sich immer nach den Weltmarktpreisen. Folglich erwachsen den Arbeitern des imperialistischen Landes von dieser Seite her keine Vorteile. Sie werden durch die koloniale Ausbeutung nur einige mittelbare Vorteile haben, etwa eine Erleichterung ihrer Steuerlast durch die stärkere Besteuerung der gesteigerten Einkommen aus den kolonialen Gewinnen. Dagegen werden sie aber durch die Kuliarbeit der Eingeborenen in ihren eigenen Interessen auf schwerste geschädigt. Nicht etwa wegen der Konkurrenz der Kulis mit den besterstellten europäischen Arbeitern; diese „Konkurrenz“ dürfte wenig in die Waagschale fallen. Denn der schlecht genährte und überarbeitete Kuli ist viel weniger leistungsfähig als etwa der englische Arbeiter, er produziert trotz niedriger Löhne teurer als dieser. Was aber schmer ins Gewicht fällt, das ist die Kaufkraft der kolonialen Massen, die sich heute „dank“ der kapitalistischen Unterdrückung und Ausbeutung auf denkbar niedrigster Stufe befindet. Hätten die kolonialen Volksmassen eine größere Kaufkraft, dann könnten sie von den kapitalistischen Ländern weit mehr als heute kaufen. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß in den Kolonialländern selbst eine Industrie im Entstehen begriffen ist und fremde Waren durch hohe Schutzzölle ferngehalten werden. Trotzdem würde die Erhöhung der Massenkaufkraft in jenen Ländern zur Steigerung ihrer Einfuhr führen, zumal die Beschäftigung in der neuen Industrie auch zur Steigerung der Bedürfnisse zu führen pflegt. Die Industrialisierung der Kolonialländer ist also an sich kein Hindernis der Wareneinfuhr, ganz abgesehen davon, daß zur Durchführung der Industrialisierung die Lieferung von Maschinen nötig ist. Zur Förderung einer solchen Entwicklung gehört aber eine größere Kaufkraft des indischen, chinesischen oder japanischen Arbeiters. Deshalb kann man wohl ruhig sagen, die europäische Arbeiterchaft hat das größte Interesse daran, daß die Arbeitskraft ihrer Kameraden in den Kolonien nicht ausgebeutet, sondern ihr Lohn erhöht, ihre Arbeitszeit verkürzt wird und ihre Arbeitsbedingungen verbessert werden. So trifft sich hier die grundsätzliche moralische Forderung nach Abschaffung der Ausbeutung mit den eigenen Interessen der europäischen Arbeiterchaft. Wie wäre es übrigens moralisch zu verantworten, ein Besserergehen der europäischen Arbeiterchaft von der maßlosen Ausbeutung ihrer proletarischen Genossen in den Kolonien abhängig zu machen?

Bemerk sei noch, daß heute die Möglichkeiten einer kolonialen Ausfuhr infolge der Absperrung jener Länder, noch mehr aber wegen der geringen Kaufkraft der kolonialen Völker sehr vermindert sind. Jedoch ist die Produktivität in den kapitalistischen Ländern erheblich gestiegen. Die neueren Produktionsmethoden haben die Ergiebigkeit der Produktion gesteigert und hunderttausende Arbeitskräfte kalgestellt. Das eine steht jedenfalls fest, daß heute angesichts der erschweren Ausfuhrmöglichkeiten der Versorgung des inneren Marktes der kapitalistischen Länder auch von kapitalistischen Standpunkt aus eine gesteigerte Bedeutung zukommen muß. Dies erfordert eine gesteigerte Kaufkraft auf de..

innereuropäischen Märkten, was wiederum nur durch Steigerung der Reallohne möglich ist; entweder durch niedrige Preise oder erhöhte Nominallohne. Die Befolgung einer Lohnpolitik, die die Stärkung der Konsumkraft bezweckt, würde in der gegenwärtigen Lage noch mehr als sonst zur Vermeidung dauernder Absatzkrisen geboten sein. Wir kennen die kurzfristige kapitalistische Einstellung, die dieser Anschauung entgegenarbeitet. Dagegen können wir nur unsere gewerkschaftlichen Kräfte ins Feld führen. Dies wird selbstverständlich geschehen. Und den noch mehr ausgebeuteten Kolonialvölkern können wir nur wünschen, daß auch sie sich nach und nach der gewerkschaftlichen Kraft bewußt werden und geeignet für die Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage kämpfen. Jetzt sind sie noch ein Spielball in den Händen kapitalistischer Gewalttäter. Aber auch bei ihnen beginnt es allmählich zu dümmern und sie werden sich nach gewonnener Erkenntnis ihr Menschenrecht mit aller Energie erkämpfen. Und zwar nicht nur im eigenen, sondern auch im Interesse der Arbeiter in den europäischen Ländern. Deshalb reichen wir über Länder und Meere hin unsern farbigen Arbeitsbrüdern die Hände und wünschen ihnen Glück in ihren Befreiungskämpfen, die zwar zunächst dem Kapitalismus Ihrer Länder dienen, aber später sich auswirken müssen zur Befreiung der Völker aus den Fesseln des internationalen Kapitalismus!

Gegen den „Sozialismus“ im Baugewerbe.

Aus Darmen wird über eine merkwürdige Kundgebung kaufmännischer Berufsverbände berichtet, die unter dem in unsezer Ueberschrift genannten Motto tagte. Auf dieser Zusammenkunft haben besagte Vertreter am 16. Januar ihr Licht leuchten lassen zur Frage der Wohnungspolitik. Professor Cornelius C u r l i t t, Ehrenpräsident des Bundes Deutscher Architekten, sprach über die Bedeutung des Handwerks in der Bauwirtschaft und stellte dabei die Vorteile der privaten Bautätigkeit gegenüber der „schematisierenden Arbeit der amtlichen Wohnungsfürsorgegesellschaften“ ins heftigste Licht. Die Siedlungs-gesellschaften hätten ihre Millionen verpulvert, ohne das von ihnen Erwartete zu erreichen. Man habe „Gäuserfabriken“ gegründet und durch Typisierung und Normisierung die „feinsten Werte des Geistes“ zerstört. Der Wohnungsfrage liege in den Händen von Leuten, die die Befreiungsfrage auf maschinenmäßigem Wege lösen wollten. Dann sprach Oberregierungsrat S a g e r, ebenfalls aus Dresden. Auch er wandte sich gegen die Rationalisierung durch Serienbau, gegen Typisierung und Normung, weil man beachtliche, bei der Aufstellung des Reichswohnungsbauprogramms die Gewährung von Mitteln aus der Hauszinssteuer von der Anwendung dieser Vorurteile abhängig zu machen. Die Typisierung führe zur „Einkaufsmaschine“ und trage die Gefahr in sich, unerwünschte Folgen in stichtiger Beziehung (!!) herbeizuführen. Das Reichswohnungsbauprogramm dürfe unter keinen Umständen berichtigt werden mit den Fragen der Rationalisierung und Typisierung. Mit den bisherigen Baumethoden könne man den Aufgaben des Wohnungsbaus nach jeder Seite hin gerecht werden. — Nach Sager sprach Syndikus A h l e r aus Gagen. Er lehnte — dies bringt der Bezug so mit sich — alle Sozialisierungs- und Kommunalisierungsbestrebungen im Baugewerbe auf das schärfste ab. Als Ersatz der Gesamtberatung wäre nachstehende, einstimmig angenommene Entschließung anzusehen:

Die in Darmen an der Annäherung der kaufmännischen Berufsverbände teilnehmenden zahlreichen Vertreter der Bauwirtschaft in allen ihren Zweigen erheben einmütig gegen die in Reich, Staat und Kommunen

immer stärker um sich greifenden Bestrebungen offener und stiller Sozialisierung der Bauwirtschaft entschiedenen Protest. Sie sehen ferner eine große Gefahr in den zahlreichen falschen Experimenten, die gewisse Theoretiker und Phantasten im Baugeschehen durchführen wollen. Die in nächster Zeit geplanten Versuche und Forschungen auf dem Gebiete des Bauwesens, im besonderen des Siedlungsbaus, sind mit größter Vorsicht einzuleiten und in jedem Falle nur unter Mitarbeit der berufenen Sachkreise in Angriff zu nehmen, damit nicht, wie in vergangenen Jahren, erhebliche öffentliche Mittel zwecklos verwandt werden. Nur die Erhaltung und Förderung der gelerntten Bauberufe vermag ein gesundes Baugeschehen zu gewährleisten, während übertriebene und irreführende Experimente bei der Rationalisierung die wertvollen Kräfte des Bauhandwerks vernichten müßten. Die im Wohnungsweesen noch bestehende Zwangswirtschaft trägt auf die Dauer nicht dazu bei, die freie Entwicklung der privaten Bautätigkeit zu fördern. Solange außerdem noch die Bautätigkeit durch Verwendung öffentlicher Mittel durchgeführt wird, sind diese Mittel nicht der gebührenden und planmäßigen, sondern der freien Wirtschaft auszuführen.

Die wirtschaftlichen Mummelgreife haben wieder einmal gepöppelt! Sie haben wieder einmal bewiesen, daß ihnen nichts näher am Herzen liegt als ihr Geldsack, den sie von dem „Sozialismus im Baugewerbe“ bedroht sehen. Was sie als „Sozialismus oder Sozialisierung im Baugewerbe“ bezeichnen, ist die Zwangswirtschaft. Dabei hat diese Zwangswirtschaft mit Sozialismus nichts zu tun. Aber irgend ein geistloser Deutscher-National-Völkischer, mit einem struppelosen Gevissen ausgerüstet, genügt, um die Wirtschaftsnote unserer Zeit, die ihren besonderen Ursprung gerade in der Staats-, Wirtschafts- und Finanzpolitik der Anhänger der sogenannten freien Wirtschaft hat, dem „Marxismus“ und seinen Anhängern im besonderen und den Republikanern im allgemeinen als Schuld aufzuhalten. Dabei benehmen sich die Leute, die sich selbst die „berufenen Sachkreise“ nennen, so wenig intelligent, daß man glaubt, irgendeinwelche feinalten Innungsmeister aus der fünfziger Zeit zu haben. Fortschrittlich glauben sie allerdings zu sein, wenn sie nach Befreiung der „Zwangswirtschaft“ im Wohnungsweesen rufen. Haben denn diese Leute schon einmal darüber nachgedacht, wer in den letzten Jahren Wohnungen gebaut hätte, also auch den vielen Unternehmern Verdienst gab, wenn nicht der Staat für die Finanzierung gesorgt hätte und sich gleichzeitig auch dafür einsetzte, daß die Mieten nicht ins Unerhörliche steigen? Die Aufhebung der Zwangswirtschaft würde bedeuten, daß die Mietzinsen, die heute, kraft des staatlichen Machtpruchs, in der Bauwirtschaft zum Wohnungsbau verwendet werden, in der sogenannten freien Wirtschaft zu andern Dingen verwendet werden. Wohnungsbauaufträge von Privaten sind so gut wie nicht zu erwarten. Dies um so weniger, weil in der „freien Wirtschaft“ die Mieten auf eine Höhe geschraubt wurden, die untragbar für die große Masse des arbeitenden Volkes ist. Dann ergibt sich die Notwendigkeit, die soviel verlässerte „Zwangswirtschaft“ wieder einzuführen. Die Bauunternehmer, die heute noch den deutschnationalen Gedanken und zünftlerisch schillernden Maskenfängen von der freien Wirtschaft nachlaufen, werden froh sein, mit einem blauen Auge aus ihrer gegenwärtigen Zeit wieder herauszukommen. Wenn Hauszinsgarantie gegen die Zwangswirtschaft weitem, dann ist es verhängnisvoll; aber wenn Bauunternehmer dies tun, dann ist es bei den Großen Berechnung und bei den Kleinen Kurzsichtigkeit.

Ein merkwürdiges Gewerbegerichtsurteil.

Bei dem Vorsitzenden der Ortsgruppe des Rheinisch-Westfälischen Baugewerbeverbandes, J ö l l e n b e d, war auch der Maurer L. aus Wanne beschäftigt. Nachdem er eine Zeilung dort gearbeitet, kommt eines Tages Jöllenbed und erklärt, von heute ab dürfe auf der Baustelle nicht geraucht werden, was dies demnach tue, werde sofort entlassen. Die Poliere rauchten jedoch — wie uns berichtet wird — weiter

und gaben den Arbeitern den Rat, das gleiche zu tun, aber sich nicht dabei erwischen zu lassen. Eines Morgens kommt Jöllenbed kurz nach Beginn der Arbeit auf den Bau, trifft L. an beim Rauchen einer Zigarette und entfährt ihm sofort. Es kam zur Klage. L. klagte gegen Jöllenbed vor dem Gewerbegericht Bessenlunde auf Erstattung von 16,80 M wegen ungerechtfertigter fristloser Entlassung. Im Tarifvertrag sei das Rauchen nicht verboten, folglich sei die fristlose Entlassung ungesetzlich, er verlange, da die Kündigungsklage im Baugewerbe 1 Tag beträgt, für 2 Tage den Lohn. Der Beklagte, in dieser „Generalakade“ vertreten durch den Syndikus Dr. F i n s t e r, Essen, und den Rechtsanwält Dr. S c h n e i d e r, Bochum, beantragte Abweisung der Klage. Er habe das Rauchen unter sofortiger Entlassungsandrohung wiederholt streng verboten, folglich sei der Kläger im Unrecht. Das Gericht, bestehend aus Amtsgerichtsrat Sluyter, Elektrotechniker Gobel und Metzmeister Brandel, wies die Klage ab und brumnte dem Kollegen auch noch die Kosten des Rechtstretzes auf. Die Entschuldigungsgründe mögen nachstehend der Nachwelt als besonders merkwürdig übermitteln sein:

„Gemäß § 123 der Reichsgewerbeordnung können Gesellen und Gehilfen vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit ohne Aufkündigung entlassen werden, wenn sie den nach dem Arbeitsvertrag ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen beharlich verweigern. Bei dem Kläger liegt diese Voraussetzung vor. Der Beklagte hatte wiederholt bekanntgegeben, daß er das Rauchen auf seiner Baustelle verbiete und den sofort entlasse, den er beim Rauchen betriffe. Dem Kläger, der über 1 Monat bei dem Beklagten gearbeitet hat, kann dieses Verbot nicht unbekannt geblieben sein, zumal, da dieses Verbot häufig Gegenstand des Gesprächs unter den Bauarbeitern war. Dieses Verbot kann ihm um so weniger unbekannt geblieben sein, als der Beklagte noch kurz vor der Entlassung des Klägers die Arbeiter am Bau nochmals auf das Rauchverbot aufmerksam gemacht hatte. Da die Arbeitnehmer gemäß § 121 der Reichsgewerbeordnung verpflichtet sind, den Anordnungen der Arbeitgeber in Beziehung auf die ihnen übertragenen Arbeiten Folge zu leisten, so gehörte das Unterlassen des Rauchens auch mit zu den, dem Kläger obliegenden Verpflichtungen. Gegen dieses Verbot hat der Kläger am Entlassungstage verstoßen, als er auf dem Baugewerk rauchend angetroffen wurde. Wenn er beim Rauchen auf der Baustelle auch nur dieses eine Mal ertrapp worden ist, so erlöst das Gewerbegericht in seinem Verhalten doch eine beharliche Arbeitsverweigerung, weil der Arbeitgeber ständig das Rauchen verboten hatte mit dem Einzuflügen, daß Zuwiderhandlungen die sofortige Entlassung nach sich zögen. Der Kläger konnte daher nicht im Unklaren darüber sein, daß er sich mit seinem Rauchen der Gefahr der sofortigen Entlassung aussetzte. Ihm selbst ist daher zuzuschreiben, daß er fristlos entlassen wurde.“

Also wenn ein Arbeiter entgegen strengem Unternehmerverbot bei Arbeitsbeginn eine Zigarette schmökert, dann weigert er sich „beharlich, den ihm aus dem Arbeitsvertrag obliegenden Verpflichtungen nachzukommen“. Zudem spricht der § 121 der Reichsgewerbeordnung vor, die Arbeiter seien verpflichtet, den Anordnungen des Unternehmers „in Beziehung auf die ihnen übertragenen Arbeiten Folge zu leisten“. Nach der Ansicht dieses Gewerbegerichts gehört also — mit andern Worten ausgedrückt — das Nichtrauchen zu den den Arbeitern übertragenen Arbeiten. Das Gericht erwiderte ferner in dem nur einmaligen Rauchen einer Zigarette eine „beharliche Arbeitsverweigerung“, nicht etwa, weil der Sünder beharlich geraucht, sondern der Unternehmer beharlich das Rauchen verboten habe. Angesichts solcher unwiderleglicher Kettenstücke des Rechts und der Gerechtigkeit war der Kläger mit seiner Klage natürlich abzuweihen. ... Uns dünkt, das Gericht war bei seinem Beschlusse recht schief geirrt. Und der dem Rauchen so abhold Unternehmer hätte unsezer Meinung nach schon „strenge, aber gerecht“ gehandelt gehabt, wenn er dem Kollegen, der das strenge Unternehmervorhaben übertraten, das Arbeitsverhältnis gekündigt hätte. Damit wäre der Herr-im-Haus-Standpunkt vollaus gewahrt gewesen. Aber es gibt eben Unternehmern, deren Gemüt sich im Rahmen strenger Selbstbeherrschung vollständig erschöpft, streng militärisch anordnet

Das verunsicherte Telefon.

Frau Walbreich sitzt zur Tür des Bureaus ihres Gemahls herein, furchtbar aufgeregt raft sie durch das Zimmer und spricht mit gehobener Stimme: „Ist das eine Wirtschaft in der Städtischen Badeanstalt, da hätte man nötig, sich einen halben Tag hinzusetzen, bis man dran kommt. Die Geschäftsbüro bin ich leid und heute noch sorgt Du dafür, daß mir ein Badegemmer mit Badeofen eingekauft wird. In der Badeanstalt kann unter dieser Leitung nichts geschehen!“

„Was ist denn wieder los, mein Schatz, rege Dich doch nicht so sehr auf, das schadet doch Deiner Gesundheit, und weißt Du, von Wemher wird man ja häßlich, und das magst Du wohl auch nicht!“ erwiderte der Mann.

„Ja, weißt Du auch, wie die Leitung beschaffen ist in der Badeanstalt?“

„Ich habe schon wiederholt festgestellt müssen, daß man die bestellten Wäber einfach nicht fertig gemacht hat, wenn man kommt. Da muß mal eine gefahrlichste Beschwerde an die Stadtdirektion gerichtet werden, und die Stadtväter und Stadtmütter müssen eine Interpellation einbringen und dafür sorgen, daß der Badebetrieb geändert wird!“

„Hallo! Bitte 6238, hören Sie, Fräulein, zwoundsechzigachthunddreißig!“

„Sagen Sie mal, ich möchte gern ein Fichennadelbad verabreicht haben. Kann ich das in einer halben Stunde haben?“

„Ich habe nichts dagegen, aber Sie müssen die Fichten und die Nadeln mitbringen, eine Badewanne ist zur Stelle!“

„Was ist das für eine Frechheit, die sich der Badeontel da herausnimmt? Und dazu noch den Hörer einhängen? Da hört denn doch alles bei auf! Dem werde ich aber mal per Gelegenheit die Meinung gründlich geigen, das kann er sich merken. Will doch einmal sehen, ob der Kerl jetzt wieder den Hörer einhängt und ihm alles gleichgültig ist.“

„Hallo, geben Sie mir doch noch einmal 6238, Fräulein. Zehn!“

„Wir waren wohl getrennt worden? Hier ist Fräulein Oberstolz. Haben Sie meine Bestellung auf ein Fichennadelbad notiert?“

„Ach, mein Fräulein, sind Sie denn noch immer nicht gebadet?“

„Hören Sie mal, solche Frechheiten — Was, wieder abgehängt? Das sind die Früchte der Revolution! Die Arbeiter langen einem jetzt auf der Nase herum! Aber, es kommt noch einmal anders!“

„Ist dort das Amt? — Bitte 6238, Fräulein. Wer ist da? Ich kann wieder nichts verstehen. Hören Sie, hallo, ist mein Mann da? Der wollte ein römisch-irischsches Bad nehmen! Vielleicht sagen Sie ihm, er würde dringend zu Hause verlangt und möchte einmal anrufen!“

„Ach, Fräulein, geben Sie mir doch bitte noch einmal 6238.“

„Ist dort die Badeanstalt? Entsetzlich mit dem Gekirr, kein Wort zu verstehen. Hier ist Frau Liebmann. Ich bitte meinem Mann, der dort ein Bad nimmt, mitzuteilen, daß er gleich zu Hause anrufen soll.“

„Was geht mich das zum Donnerwetter an, ob Ihr Mann ein Bad nimmt! Soll ich ihm vielleicht noch behilflich sein? Ich lasse mich noch zu Hausknechtsdiensten herab, weiß Gott, den alten Herrn ans Telefon zu rufen!“

„So ein frecher Mensch ist mir denn lange nicht mehr vorgekommen. Da werde ich ihm mal einsetzen müssen. Das kann ja geschehen, wart nur, Freundchen!“

Im Bürgerverein der Stadt Lämmerhausen ist eine gut besuchte Versammlung bald zu Ende. Der Vorsitzende freut sich seines Amtes und fragt wohlgefällig, ob noch jemand etwas vorzubringen habe.

Da meldet sich Herr Viebmann zu Worte und sagt: „Ich habe eine Beschwerde gegen die Badeanstalt vorzubringen.“

Dauernd werden Klagen laut, daß die Badegäste bei telephonischen Bestellungen einfach verhöhnt werden!“ „Sehr richtig, auch mir ist das schon wiederholt passiert, daß die bestellten Wäber nicht notiert worden sind, weshalb man nachher stundenlang warten muß!“ ruft Frau Walbreich.

„Sehen Sie, meine Damen und Herren, wie gut es ist, daß wir uns im Bürgerverein zusammengeschlossen haben; auch hier ist wieder Gelegenheit, der Stadtdirektion die Augen zu öffnen. Ich werde morgen bei unserm Herrn Bürgermeister diesbezüglich vorstellen, um Remedur zu schaffen. Ich werde mal sehen, ob wir für die Badeanstalten oder die Badeanstalten für uns sind.“

„Fräulein, bitte die Aufsicht!“ „Hier ist das Aufsichtsamt!“

„Hier ist Käsehandlung Schweiger. Ich habe kürzlich ein Telefon angelegt und festgelegt, daß ich eine Nummer bekommen habe, die früher die Badeanstalt hatte. Ich kann es wirklich nicht mehr länger ertragen, wie ich tagtäglich belästigt werde. Besorgen Sie mir entweder eine andere Nummer oder sorgen Sie dafür, daß die Stadtdirektion auf alle Fälle die Verwendung ausfällig bekanntmacht, damit ich endlich meine Ruhe bekomme!“

Der Wert des Menschen.

Dr. Rietle Chemiker am West Texas Teachers College hat in höchst anerkennenswerter Weise den Wert des Menschen festgestellt. Er fand, daß der Körper eines Menschen im Gewicht von 75 Kilogramm, der in seine chemischen Bestandteile zerlegt wird, entfällt: genügend Wasser, um ein paar vollene Teden zu waschen, genügend Eisen, um einen Widerhaken herzustellen, genug Kalz, um einen kleinen Hübscher zu weihen, und schließlich genügend Schwefel, um die Fäße auf einem mittgroßen Hund abzuwaschen. Der Forscher meint, man könne all diese Stoffe in einer Tropfenhandlung für einen Dollar kaufen — ein Preis, den man nicht für jeden Zweibeiner anlegen würde.

hob eine Woche an der vorgeschriebenen Wartezeit fehlte. Zur Zeit des Beschäftigungsrückganges benutzte die Kranfahrer eine Woche zu spät zur Stelle. Der Arbeiter machte den Unternehmer für die ungenügende Anmeldung und die dadurch verursachte unvollständige Verwendung von Beitragsmarken verantwortlich und verlangte Schadenersatz von ihm durch Bezahlung bestimmter Rentenbeiträge und Festsetzung der Ertragspflicht für weitere Schäden.

Aus der Entscheidung und den Entscheidungsgründen des Reichsgerichts sind folgende Sätze bemerkenswert und wichtig: „Das Berufungsgericht geht davon aus, daß nach Lage der Sache der Beschäftigte dem Kläger gegenüber vertraglich verpflichtet gewesen sei, für die Verwendung von Beitragsmarken zu sorgen. Der Unternehmer sei auch dafür verantwortlich, wenn ein Angestellter von ihm die falsche Anmeldung zur Kasse und die dadurch hervorgerufene unrichtige Markenverwendung verursacht habe.“ (S. 278 des Bürgerlichen Gesetzbuches.) Der Arbeiter sei auch nicht weiter verpflichtet, ein schuldhaftes Verschulden des Arbeitgebers nachzuweisen. Das Verschulden sei schon durch die unrichtige Anmeldung gegeben. Aus allen diesen Gründen müßte eine Verpflichtung des Arbeitgebers für die schuldhaftige Nichtentrichtung von Versicherungsbeiträgen hergeleitet werden. Zu unteruchen sei jedoch nach die Frage, ob und inwiefern ein Mitherausgeber des Arbeiters an der mangelhaften Markenverwendung beteiligt ist. Diesem Mitherausgeber kann dann eine abgemessene Erleichterung seiner Versicherungspflichten mit zu kommen. Die Gelegenheit dazu ist bereits festgestellt, sei es durch Nachfrage und Erkundigung bei der Krankenkasse, sei es durch Einigungsmaße in die Sozialkassenkarte selbst.

Dieser Urteil ist in zweierlei Beziehung bemerkenswert. Der Unternehmer ist danach verpflichtet, wenn kein Mitherausgeber des Arbeiters vorliegt. Dem Arbeiter wird zur Pflicht gemacht, sich selbst mit um die richtiggehende Erleichterung der Markenverwendung zu kümmern. Es kann also allen Arbeitern im eigenen Interesse nur geraten werden, sich nicht auf Treu und Glauben bei der Markenverwendung nur auf den Unternehmer zu verlassen. Sie selbst müssen sich auch etwas darum kümmern oder ihre Betriebsvertretung damit beauftragen.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauwerkverbände.
Feststellungsergebnis vom 10. Januar 1927.

Bauwerkverbände	Insgesamt	In den berichteten Bauwerkverbänden												
		Bau- und Handwerker	Maurer	Steinbauer	Werkmeister	Bauschaffner	Bauhilfsarbeiter	Steinmetzen	Stuck-, Gips-, Putz- u. Stuck-	Putz- u. Stuck-	Werkmeister	Bauschaffner	Bauhilfsarbeiter	Steinmetzen
Saßg.	8	6	9016	8831	2759	991	6	—	293	2	—	116	734	7475
Pomm.	1	1	2623	655	507	21	12	—	—	—	—	—	1	1
Gottin.	66	66	11200	5747	1709	62	12	—	78	1	—	—	46	385
Berlin	31	31	29593	7203	3213	205	822	23	32	—	—	—	27	820
Wegb.	64	51	13975	4572	1548	1	13	6	181	1	247	81	918	10303
Erhart	44	44	10113	3889	1719	62	69	—	13	30	—	—	23	153
Frankf.	16	16	27178	4244	3202	291	235	10	120	—	—	—	19	169
Köln	14	14	13747	2149	1379	297	714	24	6	48	32	10	37	631
Dortm.	14	14	14819	1173	1343	191	202	90	10	11	—	—	17	348
Bann.	46	46	17877	3203	1924	116	35	13	24	—	—	—	28	216
Brem.	26	26	11204	858	1051	17	20	13	6	—	—	—	1	327
Samb.	72	72	29133	2539	1607	234	90	11	65	10	16	16	810	5401
Holld.	60	60	6103	1764	788	2	8	—	—	—	—	—	9	183
Bred.	60	54	32772	13229	1059	228	120	22	180	180	10	10	692	2393
Hann.	28	28	12529	3069	2904	26	471	7	61	4	8	—	22	203
Münch.	31	31	11381	1868	2163	18	81	1	23	19	4	—	18	603
Stuttg.	21	21	7411	1950	1818	108	800	13	6	29	—	—	15	727
Saarl.	11	11	13367	3349	2222	153	436	—	53	62	11	—	43	478

Von den einzelnen Gruppen waren arbeitslos: Maurer 64 723, Hilfsarbeiter 49 024, Betonarbeiter 2550, Stuckateure und Putzer 3965, Zofierer und Steinbildhauer 225, Zäpfer 1626, Hirschenleger 310, Wälder 582, Wapphalter 307, Bauwerkmeister 906, Erbsenarbeiter 10 230. — Gegenüber der Woche ist die Arbeitslosigkeit ein wenig zurückgegangen. Bezüglich haben von 633 Bauwerkverbänden nur 533 mit 321 847 Mitgliedern. (In der Woche wurden 324 928 Mitglieder von der Fällung erfasst). Von diesen waren 134 453 arbeitslos gegen 187 694 in der vorigen Woche. Das sind 41,7% gegen 42,3% in der vorigen Woche. Die höchste Arbeitslosigkeit hat wie bisher der Bezirk Königsberg mit 52,9%. Hier 50% arbeitslose Mitglieder bei Danzig mit 59,7%; es folgt der Bezirksverband Stuttgart mit 59,3% und Erfurt mit 56,7%. Nürnberg mit 55,1%, Breslau mit 54,5%, Chemnitz mit 53,6% und Karlsruhe mit 50,4%. Die geringste Arbeitslosigkeit haben die Bezirksverbände Bremen mit 21,5% und Hamburg mit 23,8%. Beringert hat sich die Arbeitslosigkeit in 10 Bezirksverbänden. Dagegen ist sie in 9 Bezirken noch weiter gestiegen. Arbeitslose Maurer wurden gezählt 64 723 (in der Woche 68 569), Hilfsarbeiter 49 024 (50 060), Erbsenarbeiter 10 230 (10 554).

Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: Gepernt sind in Anklam die Regierarbeiten der Pommerschen Zuckerfabrik in Vornia die Bauten des Bergbauischen Vereins, in Hamburg die Firma Gosh. Th. Anclung, Klöbe, in Köln auf Balk die Firma Heinrich Brandt, in Lüneburg die Kanalarbeiter der Stadt, in Wittgenrod die Försterling, in Neu-Anspach bei Drifeln die Firma G. Haber, in Netzwitz die Baustellen der Unternehmer Ludwig Schmidt, Ingenieur Hundertmark und Julius Rammels, auf Insel Westworn der Schleusenbau der Firma Heinrich Brandt, in Vornich in der Firmen Schnell und Anclung, außerdem liegen Differenzen vor in Neuhof beim Unternehmer Krüger, Freudenstein, in Notenburg i. S. der Unternehmer Frömmling, Wischelsöbe, in Wefermünde die Arbeiter der Firma Himme, in Westerland die Arbeiter der Firma Heinrich Brandt aus Rendsburg-Bildersdorf.

Zofierer: Gepernt ist in Hamburg wegen Nichtzahlung der Tarifföhne die Firma Doble & Co. aus Köln, Kraftwerder der Hamburgischen Elektrizitätswerke.
Kunstfeste- und Terrazzoarbeiter: Oldenburgische Kunstfeste- (Inhaber Bruno Bauer) in Wittf.
Stuckateure und Putzer: Gepernt ist Oberholffen.

Löhner: Gepernt ist für Ofenseher Burg bei Magdeburg (Hillemann), Münter (Gustav Radzuhn Nachf.). Für Scheibenlöcher ist Crinitz gepernt.

Aus den Bauwerkverbänden

Aus. In der Jahresversammlung am 16. Januar waren 22 Vertreter und — als Gäste — 14 Mitglieder anwesend. Der Kaiserbericht stand im Zeichen der großen Arbeitslosigkeit der ergebnisreichen Bauarbeiter. Vom 1. bis 3. Vierteljahr 1926 war die Einnahme der Lohnfeste geringer als die Ausgabe für die notwendigen Verwaltungsmittel. Erst das 4. Vierteljahr schien unter einem glücklicheren Stern zu stehen; die Einnahme der Lohnfeste war 200 M. höher als die Ausgabe. Aber auch in diesem Vierteljahr waren von den 600 Mitgliedern unserer Bauwerkverbände durchweg 200 arbeitslos. Die Bauwerkverbände führt vom 1. Oktober an keine Freimarke mehr, sondern führt für Erwerbslose, die keine Erwerbslosenunterstützung beziehen, eine Marke zu 10 M. für Arbeitslosenunterstützungsbegleiter eine 20 M-Mark. Mit dieser Maßnahme sind nur gute Erfahrungen gemacht worden. Die Interaktionsverfahren sind jede solche umgekehrte Marke 5 M. Dafür wird der „Grundlohn“ den Kollegen regelmäßig zugestellt, die Mitglieder bleiben in Ordnung und die Verbindung mit den Mitgliedern wird aufrechterhalten. Die Gemeinnahme im 4. Vierteljahr betrug 8448,35 M, davon entfielen auf die Bundeskasse 5908,70 M, auf die Lokalassen 2539,65 M. Beitragsmarken wurden im 4. Vierteljahr 5189 und Erwerbslosenmarken 10 und 20 zusammen 2187 Stück umgesetzt. In Arbeitslosenunterstützung bezogen allein im 4. Vierteljahr 94 Mitglieder insgesamt 204,65 M. Die Ausgabe für Interaktionsbegleiter wurde im 1. Vierteljahr 1927 zweifelslos noch höher werden, so daß sich das Winterjahr mit einer Ausgabe von mindestens 6000 M an Erwerbslosenunterstützung zu rechnen ist. Der Mitgliederstand, der weit höher wäre, wenn nicht die Liquidation und die Streikbeweise des kommunikativen „Kämpfer“ wäre, betrug am Schluß des Berichtsjahres 601. Es ist fest, daß jede Maßnahme, wie überhaupt die ganze Tätigkeit unseres Bundes, auch dann, wenn die Erfolge greifbar zutage treten, schon seit Jahren von der Redaktion des „Kämpfer“ als „eine unerfährte Probation der Bauarbeiterarbeit durch Bauplo und Konjunkten“ und bezeichnet werden. Gegen solches Treiben, das nur Unsicherheit, Verwirrung, Mißtrauen und Unruhe in die Arbeiterarbeit trägt, müßten sich auch unsere kommunikativen Mitglieder wenden, wenn sie es mit ihrer Gewerkschaft ernstlich meinen. — Verhältnismäßig gering ist die Zahl der organisierten Lehrlinge. Wenn uns ein guter gewerkschaftlicher Nachwuchs gesichert sein soll, dürfen wir die Lehrlinge bei der Werbung nicht vergessen. Die Bauvorfahrtigkeit ist am Ende des zweiten Vierteljahres, und zwar langsam, zur Entfaltung und erreichte im Oktober ihren Höhepunkt. Der Arbeitslosendruck der Kollegen war groß, weil die Ausübung der Bauplo- und wohnungsbaubau nur kurze Zeit in Anspruch nimmt. In letzter Zeit mehrten sich auch die Fälle von Unterbreit, hauptsächlich durch Unternehmer in Aue. Die Unternehmer, die hierbei auf die Unmöglichkeit und das fehlende Organisationsverständnis der Arbeiterarbeit; außerdem ist eine Preispolitik, die den ungewöhnlich niedrigen Bauvorfahrtigkeit im Vergleich mit der Schutzkonferenz genügt. Erwähnt wurden im Berichtsjahr 10 Neubauten; darunter befinden sich 90 Wohnhäuser mit 283 Wohnungen; 17 Neubauten waren Geschäftshäuser, Sport-, Kranen- oder Schiffsbau. Eine Anzahl Neubauten wurde als bezugsfähige Notstandsbauten ausgeführt. In Frage kommen eine Kalkbrennerei, deren Ausübung einige Jahre dauern wird, sowie Straßenbahn-, Wasser-, Straßen- und Schienenbauten. Von den in ihren Gebieten an der reichlich vorhandenen Arbeitsnachfrage. Von den in ihren Gebieten an der reichlich vorhandenen Arbeitsnachfrage konnten von uns nur die in der Notstandsbauten abgenommenen erfaßt werden. Und zwar wurden hier 57 verschiedene Notstandsbauten mit insgesamt 90 000 Tagewerken ausgeführt, davon allein in der Stadt Aue 20 Arbeiten mit rund 46 000 Tagewerken. Zur Frage der Arbeiterbeschäftigung für Arbeiten, die die Stadt als Auftraggeber ausführt, wurde eine Entscheidung angenommen, die mit Bedauern von der Kasse Kenntnis nimmt, daß, obwohl erwerbslos Bauarbeiter in Aue vorhanden sind, immer noch Bauarbeiter von auswärts herangezogen werden. Die Veranlassung hierzu ist die Stadt, daß bei Vergebung von Arbeiten zunächst erwerbslos Bauarbeiter aus Aue einzustellen sind.“ Von den Unternehmern sind im Berichtsjahre einige erfolglose Angriffe auf die Lohnhöhe gemacht worden, die durch unsere Organisation abgewehrt wurden. In letzter Zeit ist zwar eine Neubeurteilung eingetreten, wahrscheinlich nur die Arbeiterzeitung bei passender Gelegenheit um so erfolgreicher mit Lohnaufbewegungen überfallen zu können. An der Bauarbeiterzeitung unseres Gebietes liegt es, ihre Gewerkschaft bis zum Frühjahr in einen solchen Stand zu setzen, der sie ermöglicht, jede Unternehmervorfahrt abzuwehren. Nachdem der Berichtsjahr noch auf das von delegierten, die Arbeitszeitfrage und die Arbeiterbeschäftigung der Notstandsbauten eingegangen wurden, folgte eine kurze Zusammenfassung, die allgemeinen Einnahmen des Bundesjahres ergab: — Die Verbandsarbeiten, wobei bis auf Marinearbeiten und einige kleinere Orte die Tarifföhne eingehalten wurden. Sie wären auch in dieser Art eingeteilt worden, wenn nicht der größte Teil der Arbeiter es vorgezogen hätte, dem Bauwerkverbänden den Rücken zu kehren. Zum Dank dafür wurden sie 15 bis 20 M je Stunde unter Tarifföhen und 9 bis 10 Stunden täglich arbeiten! Seit 20 Jahren sind fast alle Leiharbeiter, die von den dortigen Kollegen das Solidaritätsgefühl zu wecken, ohne Erfolg geliebte. Die Arbeiter im Notstandsbau waren zu 90% organisiert, die im Tiefbau höchstens zu 25%.

Essen. Am 23. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Die im 4. Vierteljahr verstorbenen Kollegen wurden durch einen kurzen Nachruf geehrt. Den Geschäfts- und Kasienbericht erstattete Wiersdorfer. Er schilderte eingehend die wirtschaftlichen Verhältnisse im abgelaufenen Jahre. Wegen der schlechten Bautätigkeit waren die Bauarbeiter aus dem Angriff in die Verteidigung gedrängt worden. Der Geschäftsruf der Unternehmer war allgemein auf den ganzen Linie. Von unserer Organisation wurde alles unternommen, um dies Vorhaben abzuwehren. Die Abwehr war leider nicht in allen Fällen von Erfolg gekrönt. Die Bundesleitung hatte darum rechtzeitig der Schaffung eines Zentralstabsorgans zugestimmt, um die Gasse der Unternehmer abzuwehren und mähtigen zu können. Diesem stimmte im März der außerordentliche Bundestag zu. Der Bundestag regelte ferner neu die Höhe der Erwerbslosenunterstützung und beschloß die Erhöhung der Beiträge. In den Abwehrbewegungen waren als erste Gruppe die Ofenseher beteiligt, die die Maßregeln der Unternehmer geschickt und kampfmütig abwehrten. Eine zweite Gruppe traten die Hirschenleger in einen Abwehrkampf, der ebenfalls Erfolg brachte; der alte Tarif wurde gehalten für die Stuckateure und die Zofierer wurde lange gehandelt, aber immer wieder mit dem Vertragsabschluß geögert. Leiber ließen die Stuckateure und Putzer nicht die Geschlossenheit erkennen wie die ersten Gruppen. Aber auch für sie wurde ein Lohnarif abgeschlossen, der ihre Arbeitsbedingungen wie bisher regelt. Die Zofierer hatten denselben Erfolg. Der durch das zentrale Schiedsgericht ausgeprochene Lohnbau für die Maurer, Hilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter muß im neuen Jahre wieder wettgemacht werden. Leider waren wir im Berichtsjahre wegen der schlechten Bautätigkeit nicht in der Lage, den Schiedsspruch abzuwehren. Unser erster Schritt auf allen Arbeitsplätzen des Bauwerkverbands muß sein, zuerst den Wochentag gemessen wieder durchzuführen. Ueberarbeit ist unter allen Umständen abzulehnen! Auch der letzte Bauarbeiter muß in unsern Bund aufgenommen werden, was für die Tiefbauarbeiten am notwendigsten ist, da in dieser Gruppe die Unternehmer mit den Arbeitern geradezu Schindluder treiben. Der Bauarbeiter- und Jugendrat muß von den Bundesorganen besser durchgeführt werden. — In neuen Kämpfen bereit, steht unsere Bauwerkverbände am Jahresabschluss finanziell gestärkt da. Der Kaiserbericht ergibt für die Hauptkasse einen Ueberschuß von 70 501,85 M; die Lokalassen hatten eine Einnahme von 49 785,47 M und eine Ausgabe von 27 445,65 M, so daß ein Kassensaldo von 22 339,82 M verbleibt. Der Kampffonds ist also gut. Sirchhoff beantragte, dem Kassierer und dem Vorstand Entlastung zu erteilen. An nede berichtete über die Streitigkeiten, die vor den Arbeitsgerichten ausgetragen worden sind, und über die Verarbeit. Die Klagesumme betrug insgesamt für 85 Klagen 6661 M, ausgesetzt wurden 5085 M. In 28 Streitfällen wurden die Löhne durch Verhandlungen mit den Unternehmern herausgeholt. Dem Vorstand und den Angestellten wurde darauf Entlastung erteilt. Bei den Wälden wurde die Verammlung leibhaftig, die „Revolutionäre“ kamen mit allerlei schönen Anträgen, die aber sämtlich abgelehnt wurden. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. An Stelle des verstorbenen Kollegen Frieden wurde Philipp Fischer gewählt. Von den Stuckateuren schied Kollege Reinhold freiwillig aus, hierfür wurde Jaegerberg gewählt. Zur Jugendfrage sprach Franke, der wieder zum Jugendleiter bestimmt wurde. Hierauf teilte der Vorsitzende mit, daß der Vereinsbeitrag beschlossen habe, den Arbeiterkameraten 50 M zur Verfügung zu stellen, und schloß mit einem Appell an die Kollegen die Verammlung.

Stamm (Inna). Am 21. Januar wurde in der Verammlung der Jahrsliste Inna zunächst der Kaiserbericht vom britten Quartal erstattet und dem Kassierer Entlastung erteilt. Nach Entgegennahme des Kassierberichts wurde der Tätigkeitsbericht vom vergangenen Jahre entgegengenommen. Durch die große Erwerbslosigkeit sind leider auch in Inna noch Kollegen ohne Arbeit. Angeht es eine feste Einseit einanderbeurteilung im Frühjahr 1927 sei eine feste Einseit mit entflohenem Wollen die getratene Notwendigkeit. Im vergangenen Jahre wurde von uns die Einführung von Bauarbeiter-Schulungsstellen und Baukontrolluren wiederholt gefordert. Diesen Forderungen dürfte in diesem Jahre entgegen zu werden. Des längeren verbreitete sich der Tätigkeitsbericht über das Feststellen eines Jahres zum Jahresbeginn, die Maß der Stellenausstattung zur Innung festzulegen hat. Bemerkenswert ist, daß sich der Obermeister der Innung, Herr Baumeister Meier, entschieden gegen die Innaparteit ausgesprochen hat, da sie Qualitätsarbeit behindere. Auch in der Lehrlingsfrage und Jugendpflege dürfte eine Besserung zu erwarten sein. Diese wichtigen Fragen dürfen auch wie in außer acht lassen. Aus der Vorstandsbau gingen hervor als Vorsitzender Heinrich Christmann, Kassierer Karl Häger, Schriftführer Rudolf Schöps, Redirektor Schmidt und Christ. Als Kontrolldelegierte wurden Christmann, Schmidt und Christmann gewählt.

Wauen. Am 16. Januar hielten wir unsere Jahresversammlung ab. Aus dem Jahresbericht des Vorstandes ging hervor, daß im Berichtsjahre die Arbeitslosigkeit in den Gauhäusern im Durchschnitt 45% betrug. Selbst in den Monaten der besten Bautätigkeit waren noch 20% der Maurer und 85% der Hilfsarbeiter arbeitslos. Im ganzen Gebiet sind 321 Wohnungen, fast ausschließlich Kleinwohnungs, errichtet worden. Davon 200 in Wauen. Industriebauten sind nur zwei kleinere errichtet worden. Tiefbauarbeiten wurden zahlreicher ausgeführt, jedoch meist nur als Notstandsbauten, wobei bis auf Marinearbeiten und einige kleinere Orte die Tarifföhne eingehalten wurden. Sie wären auch in dieser Art eingeteilt worden, wenn nicht der größte Teil der Arbeiter es vorgezogen hätte, dem Bauwerkverbänden den Rücken zu kehren. Zum Dank dafür wurden sie 15 bis 20 M je Stunde unter Tarifföhen und 9 bis 10 Stunden täglich arbeiten! Seit 20 Jahren sind fast alle Leiharbeiter, die von den dortigen Kollegen das Solidaritätsgefühl zu wecken, ohne Erfolg geliebte. Die Arbeiter im Notstandsbau waren zu 90% organisiert, die im Tiefbau höchstens zu 25%.

Besonders die Berufs-fremden sind für die Organisation schwer zu gewinnen. Auf den Reichsbauhaufstellungen stiegen die Organisationsberufe auf die größten Hindernisse. Die Behörden sind fast ausschließlich feindselig gegen die Arbeiterorganisationen eingestellt. 168 Streitkräften wegen Lohn, Arbeitszeit, Aufträge und Auslösung wurden zum größten Teil zugunsten der Kollegen geregelt. Das Gewerbegericht wurde abgemindert, das Amtsgericht tiefenmal, die Schlichtungsstellen mehrmal, das Kartellamt gweimal und die Gewerbebehörde achtmal in Anspruch genommen werden. In 81 Jahreshellen-Mitgliederberufungen, 59 Bauberufungen, 2 Sausagitationen, 28 Sitzungen, 10 Baubelegiertenberufungen und 2 Bauten-Statistiken kommt das Organisationsleben zum Ausdruck. Leider fanden sich nur wenige Kollegen, die an dem von der Betriebsrätezentrale veranstalteten Kursus teilnahmen. Der Bauarbeiterjugend wurde von den Unternehmern tiefstsch mtschadet. Die Mitglieder wurden zwar nach mehrmaliger Anzeige widerwillig abgestellt, aber garhlose Mitglieder besaßen weiter, weil die auf dem Bau beschäftigten Arbeiter dem Schutz ihrer Gesundheit und ihres Lebens gleichgültig gegenübersehen. Die Kriege kommt auch in der Zahl der verlaufenen Vertragsmarken zum Ausdruck. Im ganzen Jahre wurden bei einem durchschnittlichen Mitgliederstand von 2800, darunter 110 Lehrlingen, nur 64 000 Marken umgesetzt. Also auf ein Mitglied nicht ganz 28 Vollbeiträge. Das entspricht einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 46 %. Von diesen Beiträgen sind 48 889,16 M eingekandt und 87 408,99 M für Unterhaltungen ausgegeben worden. Am 1. Januar 1926 war ein Vorkassistenstand von 7847,20 M vorhanden, und am 31. Dezember 1926 ein solcher von 9750,16 M. Die Erhöhung des Kassistenstandes war nur möglich durch einen Vorkassistenstand von 2 M je Mitglied im Jahre, der den Vorkassistenstand gleichmachte und auf Beschluß der vorjährigen Vertreterversammlung in vier Marken zu je 50 % zu erheben ißt. Die Nichtzahlung betragen ungefähr 20 % und werden unzeitig eintritt. Ohne die Zahlung dieser Beiträge ißt das Mitglied nicht in Ordnung und das Mitglied nicht unterstützungsberechtigt. — Söll das Jahr 1927 uns auf tariflichem und organisatorischem Gebiet vorwärtsbringen, so hat jeder auf dem Bau tätige Arbeiter seine Organisation mit allen Kräften und Mitteln zu stärken. Auch der letzte unorganisierte Arbeiter muß unseren Reihen zugewandt werden. Die tariflichen Bestimmungen sind strikt einzuhalten! Nur so kann sich die Arbeiterschaft die Achtung, die ihr im Wirtschaft- und Staatsleben zukommt, verdienen. — In den Baugewerkschaftsverbänden wurden die ausgegliederten Kollegen Sarunji, Michael, Schäffler, Reihner und Rüdner einmündig wiedergewählt.

Niefa. Am 23. Januar hielt unsere Baugewerkschaft ihre Generalversammlung ab, die sehr stark besucht war. Kollege Nothe gab den Jahresbericht. Im abgelaufenen Jahre sind 22 535 Vertragsmarken und 14 360 Freimariken abgesetzt worden; danach hat durchschnittlich jedes Mitglied 36 Wochen im Jahre gearbeitet. Von der Arbeitslosigkeit werden am meisten die Bauhilfsarbeiter betroffen, da die Preise in der Industrie noch größer ißt und deshalb der Baumarkt gar oft von Berufs-fremden besetzt wird, so daß die Bauarbeiter arbeitslos sind. Die Unternehmer haben dreimal den Tarifvertrag gekündigt. Sie wollten die wirtschaftliche Not zur Lösung führen und zur Arbeitszeitveränderung ausnutzen. Das ißt ihnen aber nicht gelungen. Sehr bedauerlich ißt, daß es Kollegen gibt, die unter Tarif arbeiten und die ihnen aufstehenden Ferien nicht nehmen. In den Baugewerkschaften ißt auch solche Säunen, die in den Baugewerkschaften nicht genug fordern. In den Baugewerkschaften nennen und alle Schuld der Bundesbestimmung geben, wenn nicht alle ihre Wünsche erfüllt werden. In der Baugewerkschaft ißt auch die „Opposition“ zu jeige gewesen, ihren Namen unter ihre Aufforderung zu ziehen. Die Wahl eines Vorsitzenden ergab für den Kollegen Reichmann 68 Stimmen, während es die „Opposition“ auf 28 Stimmen brachte. Die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder ging reibungslos vor sich; der alte Vorstand wurde reiflos wiedergewählt. Nothe gab dann noch einen Bericht über die Vorstandskonferenz in Dresden, worauf die „Opposition“ einen Teil der Kollegen durch Duerreden aus dem Saale redete. Mit den wichtigsten Gründen wurde gegen die Verwaltung vorgegangen. Der Konsumverein, die Groß-einkaufsgesellschaft, der Arbeitsnachweis, die Erwerbslosenunterstützung, alles mußte herhalten, überall herrschten nach ihrer Ansicht große Mängel, an denen die Ortsverwaltung schuld ißt. Auf die Anpassungen ging aber niemand ein, da die große Mehrheit der Kollegen der Professorei abhold ißt.

Sagan. (Jahresbericht.) In der am 16. Januar abgehaltenen Generalversammlung erstattete Kollege Hoffmann den Bericht für 1926. Am Beginn des Berichtsjahres betrug die Mitgliederzahl 228, am Jahres-schluß 276. Ingesamt wurden 10 Versammlungen abgehalten: die Generalversammlung und 9 Mitgliederberufungen; 2 Mitgliederberufungen mußten wegen zu geringer Beteiligung ausfallen. Die Versammlungen im Durchschnitt 10 % der Mitgliederzahl. Vorstandssitzungen fanden insgesamt 13 statt. Des weiteren nahm der Kartelldelegierten an 18 Sitzungen des Ortsausstufes teil. In dem vom Ortsausstuf für das Winterhalbjahr 1926/27 eingerichteten Bildungsforschungs beizungen wurden 6 im Dez. und 1 im Landbezugsgruppen gebildet, in der im vergangenen Jahre noch 12 Bauabende abgehalten wurden. Die Jugendgruppe besteht über 700 Mitglieder. Der Durch-schnittsbesuch der Bauabende betrug 13. Für die Jugendlichen fand außerdem eine vom Ortsausstuf einberufene öffentliche Versammlung statt. Vor dem Gewerbegericht wurden 2 Klagen anhängig gemacht, von denen eine ohne Erfolg besetzt, während die andere Sache noch schwebt. Ingesamt wurden 17 Rechtsausstuferteil. Die Baugewerkschaftskasse hatte eine Einnahme von 2990,71 M und

eine Ausgabe von 2858,45 M. — Nach Entgegennahme des Berichtes wurden für das laufende Berichtsjahr Walter Hoffmann zum Kassierenden, Oskar Schulz als Stellvertreter, zum Kassierer Willi Schäpe, zu seinem Stellvertreter Hermann Franke und zum Schrift-führer Richard Hoffmann gewählt. Im laufenden Jahre findet jeden ersten Freitag im Monat unsere Mitgliederberufung statt, und zwar 5 1/2 Uhr nachmittags im Volkshauss. Da jeden Mittwoch vor dem Versammlungs-tage Vorstandssitzung abgehalten wird, bitten wir etwaige Anträge rechtzeitig einzubringen.

Sangerhausen. (Mündliches Wochenscheit.) Hier reiste kürzlich das Mitglied Walter Wöhme, Buch-nr. 819 210, zu und kam in die Wohnung des Kassierers, um eine Reiseunterstützung abzugeben. Nach Beschlus der Baugewerkschaft erhalten Zureisende 25 %. Dies aber war

lasse an die Hauptkasse zurückgezahlt. Auf Antrag Dünne-bier wurde die Abrechnung einmündig als richtig anerkannt. Kollege Leipnig betonte, daß nach dem Bericht der-jährliche Arbeit geleistet worden ißt. Nicht immer je es der Fall. Ferner berichtete der Redner über die vom Landesvorstand angeordneten Kassenebenen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde Kollege Herrmann als erster Vorsitzender einmündig wiedergewählt. Gleichfalls wiedergewählt wurden Kollege Frenzel als Stellvertreter, der Vorsitzende, Kollege Linle als Kassierer, Kollege Reif als Stellvertreter, Kollege Förster als Schriftführer und Kollege Dünnebier als Kassierer. Als Beisitzer wurden die Kollegen Richter, Walter, Schäpe und Knebel wiedergewählt. Als Beisitzer fungieren die Kollegen Wölb-gier, Reimann und ein noch zu benennender Kollege aus der Fachgruppe der Kollektoren. Die Lohnkommission wurde, mit Ausnahme des Kollegen Meier, wiedergewählt. An die Stelle von Meier tritt Hiele. Die Schlichtungs-kommission bleibt die alte, auch in die Bauarbeiterjugend und in die Beschwerdekommission wurden fünf ausnahmslos die alten Vertreter wiedergewählt. Neu treten hinzu die Kollegen Rüdert und Las. Ein Antrag, die Arbeitszeit be-ziehungsweise eine leichte Ausgabe, nach deren Be-traffung entzifferte wurde: „Arbeitszeit ißt im Bezirk Bittau für Hoch- und Tiefbau verboten.“ Kollege Herrmann machte auf unsere neue Fachzeitung, „Das Bauwerk“, auf-merksam, die auf den Reisen zur Ansicht auslag. Er forderte zum Abonnement der Zeitschrift auf. Zur Ueber-nehmung wurde folgendes beschlossen: Die Generalver-sammlung der Baugewerkschaft Bittau beschließt, alle Ueber-stunden abzugeben, sofern nicht die tariflichen Bestimmungen in Frage kommen. Die Bauarbeiterjugend erwartet von allen dem Wölb-gier, angehörenden Gewerkschaften das gleiche.“ Ferner wurde beschlossen, beim Ortsausstuf Bittau des Wölb-gier, zu beantragen, daß sich alle Gewerkschaften mit der Werkportfrage beschäftigen und ihren Betriebsräten Empfehlung geben, gegen die Werkportfrage zu arbeiten.“ Mit einem dreifachen Hoch auf den Baugewerksbund wurde die Generalversammlung geschlossen.

Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., Berlin S 14

Sieeben erscheint in unserem Verlage:

Das Arbeitsgerichtsgesetz

Vollständiger Wortlaut des Gesetzes mit ausführlichen Erläuterungen von S. Aufhäuser, Vorsitzender des AIA-Bundes, M. d. R., und Cl. Nörpel, Sekretär des ADGB.

Ladenpreis 4 bis 5 Mark, Mitgliederpreis in Leinen gebunden etwa 3 bis 3,50 Mark

Diese Ausgabe des Gesetzes wird in den nächsten Monaten zum täglichen Handwerkszeug jedes Gewerkschaftsfunktionärs gehören müssen. Aufhäuser hat als Mitglied des Reichstages die Entstehung des Gesetzes aus nächster Nähe verfolgen können und ist wohl wie kaum ein anderer Ge-werkschafter geeignet, den Kommentar zu diesem Gesetz zu schreiben. Nörpel, einer der besten Kenner des Arbeitsrechts, wird diese Aus-gabe für die Hand der im Arbeitsverhältnis Stehenden besonders brauchbar gestalten.

Bestellungen durch die Verwaltungen aller Organisationen, durch die Ortsausschüsse des ADGB. und des AIA-Bundes od. direkt b. Verlag.

Wöhme viel zu wenig, er erging sich in der Wohnung des Kassierers in den unästhetischen Edimpyereien, obwohl der Kassierer nur Beschlüsse der Gewerkschaft ausführen darf. Jedes ihm ins Gesicht schlagende Benehmen einem für unsern Bund tätigen Kollegen gegenüber ißt hier gebührend angeprangert. Wir erlauben, auf Wöhme ein Augenmerk zu richten. Bessere ißt es noch möglich, ihn in geeigneter Weise zum Abstand zu erziehen.

Bittau. Am 16. Januar tagte die Generalversammlung unserer Baugewerkschaft. Anwesend waren 50 Vertreter, 12 Mitglieder vom Vorstand und Kollege Leipnig vom Bezirksvorstand. Zunächst wurde das Mandaten von neun im Jahre 1926 bestorbene Kollegen in der üblichen Weise ge-ehrt. Den Geschäftsbericht vom verflorenen Jahre gab Kollege Herrmann. Aus dem Bericht geht hervor, daß auch das Jahr 1926 sehr arbeitsreich war. Nicht weniger als 22 Klagefäden mußten vor der Schlichtungs-kommission oder vor dem Arbeitsgericht anhängig gemacht werden. 70 Verhandlungen und 38 Sitzungen fanden statt. Außerdem sind noch verschiedene Konferenzen besetzt wor-den. Der Bauarbeiterjugend war mangelhaft, verschiedentlich mußte der Kontrollleur der Berufsgenossenschaft wegen Un-hilfe angerufen werden. Das Baubelegeremessen war durch-schnittlich gut. Die Kassierung durch eingetragene Inter-kaassierer hat sich bewährt. Der Verhandlungsbesuch war ebenfalls gut. Weniger gut war die Arbeitslosigkeit. Noch im Mai und Juni waren sehr viele unserer Kollegen erwerbslos, und schon im Oktober trat neue Erwerbslosigkeit ein. Gebaut wurden im Bezirk 286 Wohnungen. Woh-nungszugende sind aber über 3000 vorhanden. Das bedeutet, daß bei einer dem Bedürfnis entsprechenden Wohnungs-kon-situation erwerbslose Bauarbeiter überhaupt nicht vor-handen wären. Die Lehrlingsgruppe hat sich durch Bau-abende weiter ausbilden können. Sie war an der Jugend-fahrt nach Weihen mit über 60 Jugendfortgegangenen teil-nahm. Die Fachgruppe der Köpfer mußte in einem Kampf-kampfen treten, der 9 Tage währte. Die Steinleberfachgruppe konnte ihren Lohn auf dem Verhandlungswege regeln. Genio wurden die Löhne und Arbeitsbedingungen der Mauerer, Träger und Bauhilfsarbeiter geregelt. Die einzige Gruppe, die eine Lohnhöhung durchsetzen konnte, war die der Tief-bauarbeiter; sie erhielten 2 1/2 Lohnprozente ausgebaut. Die Werbearbeit wurde im beschränkten Maße ausgebaut. Die Werbearbeit wurde im beschränkten Maße ausgebaut. Im Bedauerlichen wurde sich der Organisationsgedanke im Bedauerlichen nicht durchsetzen. Besonders der Notstands-tiefbauarbeiter nicht durchsetzen. Besonders der Notstands-tiefbauarbeiter erkennen nicht den Wert der Organisation. Auf arbeiter werden noch viel Arbeit zu leisten sein. — Den diejem Gebiet wird noch viel Arbeit zu leisten sein. — Den Kassierenbericht gab der Kollege Linle. Die Jahres-einnahme für die Hauptkasse betrug 69 300,20 M. In Erwerbsloste für die Bundeskasse wurden 37 800 M. gekandt. Die Kasse hatte eine Einnahme von 83 242,28 M. Die Ausgabe be-trug 28 354,00 M; der Kassistenstand ißt 4069,38 M. Zuhil-gezahlte Unterstützung von 6042,90 M wurde aus der Lokal-

Was den Fachgruppen

Alphalierer.

Hierzu geht uns von Hirschmeier auf Grund des Vergehens folgende Aufzucht zu: „Im „Grundstein“ Nr. 3 ißt ich sei tot, ich sei ausgetrieben, ich hätte intrigiert und sei ein Streber gewesen. Das ißt nicht wahr. Wahr ißt, daß ich die Kollegen meine Streichung erst erfahren haben, nachdem ich meine Anmeldung im Werksmeisterverband vollzogen hatte. Nach meiner Streichung bin ich in keiner Versammlung mehr gewesen. Wahr ißt ferner, daß ich als unbeförderter Vorsitzender der Alphalierer Leipnigs stets im Mitgliederinteresse gehandelt habe. Die Zentrale hat mich 9 Jahre lang nicht beiseigt, obwohl ich zu ihr stets dauernd in sachlichem Kampfe stand. Ferner wird behauptet, ich sei früher zu gelten. Auch das ißt nicht wahr. Wahr ißt, daß ich auf Drängen meiner Kollegen (Kühnberg, Knüpfer, Marquart und andern) zu den Alphalierern übertrat, daß der Fabrikarbeiterverband mich nicht freigeben wollte, worauf ich als Zeugen Hermann Jahn anführte, dem man mein Verbandsbuch nicht herausgab. Es ißt auch nicht wahr, daß ich mich auf dem Verbandsbuch in Dortmund schon als Verbandsvorsitzender geführt hätte. Wenn man mich dazu vorzugesagen hat, so kann ich das nicht ändern. Es ißt auch nicht wahr, daß ich in Augsburg den „Bau zur Straße bringen“ wollte. Ich habe auf dem Boden der Industrieorganisation und habe mit ganzer Kraft für den Anstuf in den Baugewerksbund gewirkt. Es ißt ferner nicht wahr, ich habe monatlang keine Beiträge gezahlt, weil sie zu hoch waren. In Wahrheit bin ich heute noch Mitglied des Deutschen Baugewerksbundes, bin noch nicht ausgeglieden, habe bis zur 49. Woche 1926 gezahlt und bin folglich mit 6 Beiträgen im Rückstand.“ Soweit die Hirschmeier Hirschmeiers. Auffällig ißt uns daran, daß Hirschmeier einmal von seiner Streichung spricht und dann wieder behauptet, er sei noch Mitglied. Sinau kommt, daß bereits in einer am 26. November in Leipzig abgehaltenen Alphalierer-berufung Hirschmeier als abgehaltener Mitgliedern gemeldet wurde. Sollte er bis zur 49. Woche gezahlt gehen, dann wäre das doch nicht möglich. Die Geschichte ißt also unklar und widersprüchlich.

Glasier.

Bezirksverband Dresden. Auch in Sachen beruhen die Meister, die vierjährige Lehrzeit einzuführen. Auf dem ersten Kreisverbandstag der Glasierinnungen Sachsen, in Leipzig, wurde ein diesbezüglicher an die Gewerkschaft gerichteter Antrag einmündig angenommen. In der Fachgruppen müssen nun dafür sorgen, daß es bei diesem Versuch der Unternehmer bleibt. Angehörige der unangehören Zahl erwerbsloser Kollegen hat ja selbst die Berliner Glasierinnung zugeben müssen, daß zur Zeit ein Lieber-angebot an Arbeitsträften vorhanden ißt. Trotz alledem fordert die Leipziger Glasierinnung ihre Mitglieder auf, „im Interesse unseres Handwerks möglichst Lehrlinge ein-zustellen, da sich viele junge Leute hierzu gemeldet hätten.“ Diese sollen dann bei einer sehr geringen Entlohnung aus-genommen noch 4 Jahre lernen! Mit 3 Jahren (speziell die Unternehmer noch nicht genügend Profit aus den Lehrling-gelegen zu haben. Pflicht unserer Kollegen ißt es, auch die Eltern aufzuklären; ihnen zu sagen, daß im Glasiergewerbe eine dreijährige Lehrzeit nicht nur genügt, sondern wegen Lieberangebot an Arbeitsträften nach Be-endigung der Lehre sehr wenig Aussicht auf Beschäftigung besteht. In diesem Sinne kann auch den Behörden für das Anmungswejen genügend Material gegen die Ein-führung der vierjährigen Lehrzeit unterbreitet werden.

Bittau. Am 8. Januar hielten wir unsere Genera-l-berufung ab, die erfreulicherweise sehr gut besucht war. Kollege Rathen erstattete den Jahresbericht. In der anschließenden Ansprache wurde von allen Kollegen die Tätigkeit der Fachgruppenleitung anerkannt und ihre Entlastung erteilt. Zum Domann wurde Rathen, zu

seinem Stellvertreter **R. Rang** gewählt. — Hierauf nahm die Versammlung Stellung zu dem Entwurf eines Reichstaxierverfahrens. Im allgemeinen wurde ihm zugestimmt, jedoch gemindert, die Zuschläge um das Doppelte zu erhöhen. Beschlossen wurde, im Februar eine öffentliche Versammlung einzuberufen, um zu versuchen, die uns fernstehenden Kollegen wieder zu gewinnen. Die Versammlung war von einem guten Geist und der Hoffnung getragen, daß bei Eintritt einer besseren Arbeitsmöglichkeit in Köln wieder bessere Organisationsverhältnisse Platz greifen werden; dann wird der Baugewerksbund auch unsere Interessen mit noch größerem Nachdruck vertreten können.

Zollierer.

Breslau. In der am 2. Januar stattgefundenen Generalversammlung unserer Fachgruppe wurde Kollege **Paul Krippl** als Obmann wiedergewählt, desgleichen auch die übrigen Mitglieder des Gruppenvorstandes. Wichtig wurde bemerkt, daß die Breslauer Zollierer bei den letzten Verhandlungen vor dem Schlichter für Schleifen die 5 M. Zuschlag nicht durchbringen konnten. Warum gerade die schleifenden Kollegen weniger wert sein sollen, ist nicht einzuwenden. Jedoch würde es anerkannt, daß daran zum großen Teil die schleifenden Zollierer mit Schuldig sind. Auch in der Vorortanlage für Breslau mußten wir uns ein Abstreichen gefallen lassen. Trotz alledem geben wir mit frischem Mut in das neue Jahr mit dem ernsthaften Voratz, erlittene Schlägen wieder weitzumachen. Dazu wird sich bald Gelegenheit bieten. Auf jeden Fall müssen wir in Schleifen den Nachweis liefern, daß wir das gleiche Recht zum Leben haben wie unsere Kollegen in den übrigen Teilen des Reichs. Einmütig wurde beschlossen, den Zollierer **Max Friedel** wegen Streikverrats aus der Fachgruppe auszuschließen und bei der Baugewerkschaft den gleichen Antrag zu stellen.

Stuhlfeger und Kammer.

Dresden. In der am 15. Januar mit den Kollegen vom Steinmetzverband abgehaltenen gemeinsamen Versammlung empfahl Kollege **Zimmermann** dringend, in den zu erwartenden Tarifverhandlungen den Zimmermeistern gefälligst entgegenzutreten. Er erläuterte dann unsere alten Forderungen, die im vorigen Jahre nicht durchgesetzt werden konnten, worauf sich die Versammelten auf die gemeinsame Forderung der Erhöhung der Stundenlöhne einigten. In der Frage der Aufbesserung der Stundenlöhne und der Verringerung einiger Paragraphen wurde der Lohnkommission freie Hand gelassen. **Krippendorf** ermahnte die Kollegen, den Raubbau einzustellen, scharf für Lohnerhöhungen durchzuführen können. Denn die Meister werden der Kommission mit den einzelnen Kollegen verhandeln. Affordönnen aufwarten und so die Stellung der Verhandlungskommission erschweren. Die folgenden Redner sprachen in gleichem Sinne. **Kirchhof** ersuchte, nachdem er den Kollegen einige Erläuterungen über Tarifabschlüsse gegeben hatte, sich bei Schnittzettel mit den Meistern zunächst an den Schlichtungsausschuß zu wenden. Auch rügte er die schlechte Bürgerkontrolle auf den Baustellen. Allgemein wurde gewünscht, daß unsere Berufscollegen in den anderen Orten des Reichs mehr im „Grundstein“ berichten.

Stukkateure und Pußer.

Blauen i. B. In den Nummern 2 und 4 des „Grundstein“ wurde von der Dresdner und Jenaer Sektion auch Blauen genannt, dort hätten die Stukkateure gegen die bestehenden Tarife vertrieben. Die Sektionsleitung Blauen rüfzt sich deshalb verpflichtet, folgendes festzustellen: Der überwiegende Teil der Blauerer Kollegen steht nach wie vor auf dem Boden des mittelabschließenden Landesvertrages, ebenso repräsentieren sie jederzeit die außerhalb Sachzins bezüglich oder örtlich abschließenden Verträge. Die in Frage kommenden Leute sind die gleichen, mit denen sich die Sektion Blauen in ihren letzten Versammlungen befaßt haben (siehe Bericht Blauen Nr. 1 des „Grundstein“) und zum Teil dieselben, gegen die sich der Vorstand der Dresdner Sektion richtet.

Töpfer und Glasleger.

Bautzen. Am 16. Januar fand unsere außerordentlich gut besuchte Hauptversammlung statt. Der Obmann gab einen Überblick über das vergangene Jahr. Wegen verhassten Lohnrückfalls durch die Unternehmer mußte ein 2 Wochen währendes Arbeitskampf geführt werden. Die Arbeit selbst war im ganzen Jahre klar; ein Kollege hatte im ganzen Jahre nur 12 Wochen Arbeit, die er zum Teil noch außerhalb suchen mußte. Bei den Wahlen wurden die alten Funktionäre einstimmig wiedergewählt. Unsere letzte Ausschüsse zeitigte die Besetzungszücherei in unsern Bezirk. Den Meistern ist nach allen gemachten Verdrehungen nicht an einem guten Nachwuchs, sondern nur an billigen Arbeitskräften gelegen, mag dabei auch das Gebot in Grund und Boden getramtelt werden. Jetzt ist es schon ziemlich ausnahmslos so, daß alle Arbeit vom Unternehmer und seinen Lehrlingen ausgeführt wird, während sich die Kollegen zu Berufsstemplern ausbilden. Einseitig bestand die Meinung, in dieser Angelegenheit zur geeigneten Zeit zur Selbsthilfe zu greifen.

Burg bei Magdeburg. Der Streit bei der Ofenheiserfirma geht weiter. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Crinitz. Der Töpfermeister aus dem 18. Jahrhundert. Unsere Arbeiter sind zu anspruchsvoll, die Rufben sind ungenügend. So sprach kürzlich ein Töpfermeister. Er wollte damit wahrscheinlich auch den Grund der Geschäftsplante kennzeichnen. Wichtig, lieber Meister! Wenn der Töpfergegelle für 16 bis 18 M., der Glasermeister für 10 bis 12 M. wöchentlich arbeiten würde, dann — ja dann wäre das Handwerk noch zu retten. Natürlich mühten auch 10 bis 12 Stunden täglich gearbeitet werden. Ferner müßten die Arbeiter die sozialen Lasten allein tragen und die Unternehmer die Lohnsteuer bezahlen können. Der Staat müßte ihnen außerdem unverzinsliche Darlehen gewähren. Gegenwärtig wäre billiger auch noch die Schaffung eines Notgezelbes — ähnlich wie in England im 16. und 18. Jahrhundert — wonach jeder, der das dritte Mal beim Diebstahl erfaßt wird, ohne weiteres gehängt wird. Dann wären selbst die rüchständigen Betriebe lebensfähig. Die Unternehmer

brauchten sich nicht ihre — ohnehin etwas schwachen — Köpfe anzufrengen und könnten sich im alten Schindrian gehen lassen. Ohne jedes Mißtrauen wäre es ihnen dann möglich, ihr mehr oder weniger drohendes Dasein zu fristen auf Kosten der Arbeiter. Liebster Meister! Ein Unternehmer ist ein Mann, der den Gewinn aus seiner kapitalistischen Gründung selbst in die Tasche steck, der aber auch das Risiko ganz allein trägt. Das ist kapitalistisches Grundgesetz. 1924/25, als in der Steinzeugfabrikerei Hoffmann jun. herrschte und die Unternehmer selbst Geld verdienten, daß sie gar nicht so recht an diesen Gewinn glauben wollten und alle Tage eine neue Fiktion erwarteten, da kam niemand auf den Gedanken, die Arbeiter an dem Gewinn zu beteiligen. Wir haben daher gar keine Veranlassung, jetzt irgendwie zu nachzugeben. Damals legten die Meister das Geld so „sicher“ an, daß sie es bestimmt niemals wiederbekommen werden. Es ist nutzlos verbannt worden. 9 Kleinmeister zusammen verbannt in den letzten Jahren mindestens 150.000 M. und madten aus ihren Betrieben halbe Fabriken. Das Geld hätte, in genossenschaftlicher Weise angelegt, als Grundkapital einer modernen Maschinen- und Steinzeugfabrik dienen können. Keiner von den zwei Duzend alten und jungen Töpfermeistern beschäftigt sich mit Buchführung, mit moderner Betriebswirtschaft, oder versucht die Rationalisierung zu begreifen. Keiner will den faulen Kopf antreiben. Jeder hockt auf Befreiung der Wirtschaftslage und vertritt den jungen Schnitzfuß des Arbeitergesetzbuches. Sie jammern und hoffen oder — sie schimpfen auf den Lohn und auf die Gewerkschaft. Sie wollen es durchaus nicht begreifen, daß zur Leitung eines modernen Betriebes auch geistige Fähigkeiten gehören. Wir Gewer-

Wer unsern Bund stärkt, stärkt sich selbst!
Für die Woche vom 6. bis 12. Februar ist der 6. Bundesbeitrag für 1927 zu zahlen.

schafter aber lehnen es ganz entschieden ab, uns für unternehmerische Einfalt und Unwissenheit noch weiterhin durch Lohnzuschläge „strafen“ zu lassen.

Eberswalde. Der von den Syndikalistern im Jahre 1926 abgeschlossene Dienstvertrag ist nach langen Verhandlungen durch Einführung des Brandenburgischen Provinzialtarifs und des Ferienvertrags beseitigt.

Sirchberg i. Schl. Am 15. Januar hielt unsere Töpfer-Fachgruppe ihre Generalversammlung ab. Zunächst teilte der Kartelldelegierte mit, der Auftrieb der freien Gewerkschaften im Preise sei soweit gediehen, daß ein Arbeitersekretär angestellt werden könne. Hieran schloß sich der Bericht des Vorstandes. Das verfloffene Jahr brachte, trotzdem die Lebenshaltungskosten gestiegen sind, keine Lohnherhöhung; zum Teil die faule Haltung der Kollegen Mitbewerbs hätte herbeiführen müssen, die 3 % Abzug vom Bezirkstarif wieder rückgängig zu machen. Angenehmer Rang der Kassenbericht. Rund 9700 M. hat die Lokalasse als Bestand zu Buch. Diese Geldreserve wird einmal den Kollegen in Form von Aufschußleistungen zurückzuführen. Aus dem Bericht des Jugendleiters war zu entnehmen, daß die Gründung einer Jugendgruppe ein glücklicher Griff war. Durch auch bei uns, aufopfernde Kleinarbeit unserer Jugendleiter, Kollegen **Rebecki**, ist es gelungen, die Organisierung der Jugend in allen Einzelheiten so vorbildlich zu gestalten, daß ein gesunder Nachwuchs auch in geistiger Beziehung sichergestellt ist. — Die dann vorgenommene Wahl des Gesamtvorstandes wurde ohne Schwierigkeiten erledigt. Dann berichtigte die Lohnkommission, daß ein Teil von einer zurückgesetzten Ware, den sie für einwandfrei erklärt hatte, trotzdem in Abzug gebracht werden sollte. Ein Brennansgeselle, der die trodrene Ware abfollte, verfuhr es ausgezeichnet, dauernd solche oder ähnliche Fälle herbeizuführen. Die Kritik seiner Person stempelte dem Unternehmer gegenüber als eine „Hege“ gegen ihn. Er dem Unternehmer gegenüber er täglich auf solche 50 % seiner Arbeitszeit verwendet und hebt außerdem „Arbeit“, er kriecht vor Stand zu Stand und hebt außerdem die Kollegen, die mit solcher Wandelbarkeit mancher fänden sind. Zum Studium der Wandelbarkeit mancher Menschen sei festgestellt, daß dieser „Kollege“ nach der Kriegszeit einige Jahre lang ein eifriger Verehrer der freien Gewerkschaftsidee war. Solidarität, Einigkeit, die Kollegialität predigte er tagtäglich, und wußte den Kollegen, die nicht scharf und konsequent nach seiner Meinung gegen den Unternehmer vorgingen! Mein Wunder, daß er sich das Vertrauen der Kollegen und den Haß der Unternehmer zugleich zuzog. Als ihm aber dann die Last abgenommen wurde, den tariflichen Lohn wirklich zu verdienen, als er den Winkel zur Hand nahm, da wurde aus dem Idealisten ein Materialist. Alles ist bergelassen. Nun ist nicht mehr das Material schuld, sondern immer der Kollege. Die äußeren Abzeichen seiner Gefinnung legte er natürlich auch sofort ab. Heute erzählt er, er sei früher nur zu sehr beeinflusst und berührt worden. In der Theorie „arbeitete“ er aber nach für die „Verbandsinteressen“. So gibt er „Matschlagen“, am welche Infanz sich ein Kollege wenden, wo man ansetzen soll, um Lohnherhöhungen durchzusetzen, und er schimpft die Verbandsleitung schärfst. — Nach diesem traurigen Kapitel wurde ein Antrag einstimmig angenommen, wonach eine Lohnfähigkeits für das verfloffene Jahr ausgearbeitet und dem Bezirkseleiter übermittelt werden soll mit dem Ersuchen, daß alle schleifenden Orte daselbst tun sollen. Darüber wird es möglich sein, bei Lohnverhandlungen positive Unterlagen zu haben. Trotz guter Fabrikräume fehlt bei uns der Affordönnen mit dem Beistuhm nicht im Einklang. — Erst kurz nach Mitternacht wurde die trotz Grippenfeude gut besuchte Versammlung geschlossen.

Soyerswerda. In diesem Ort wird, wie uns ein Bauhener Kollege mitteilt, von den Ofenheisern noch täglich 12 Stunden und länger gearbeitet. Auch werden höchstens 10 % für Auslösung zugestellt. Zumeist wird Auslösung überhaupt nicht bezahlt. Doch wenn man die Geistesrichtung des Herrn **Alfred Thomas**, des größten Ofenheiserunternehmers am Orte, kennenlernt, nimmt dieser Schindrian

nicht weiter wunder. Der Herr zahlt, wenn er im Druck ist, auch miunter mehr; so zahlte er dem Bauhener Kollegen 10 % über Dresdener Tarif. Später fragte der Kollege bei Thomas wieder wegen Arbeit an, worauf ihm dieser unter anderm folgendes schrieb: „Wenn Sie nicht genügend Beschäftigung gefunden haben, so kann dies nicht an mir liegen. Ich habe mit den Bauhener Meistern nichts zu tun, keine dieselben so gut wie gar nicht, und habe weder die Urkrache noch Gelegenheit gehabt, gegen Sie Stellung zu nehmen. Die Urkrache, warum Sie nicht so beschäftigt gemessen sind, wie Sie möchten, liegen viel näher. Brauchen Sie etwas, so kaufen Sie nicht beim teueren Bierkanten und ebenso nehmen sich die Meister nicht die Mühen, die am meisten fordern. Diese Selbstverständlichkeit müßten Sie bald begriffen haben. Gehten, die nie zufrieden sind und dauernd gegen den Meister Stellung nehmen, bekommen noch schwerer Arbeit. Solche Gehten, die sich dazu noch mit ihren eigenen Kollegen in Widerspruch setzen, können nicht mehr eingestellt werden. Sie selbst wissen, daß sogar Ihre Kollegen die vielen Volksversammlungen, die Sie anberiefen, nicht haben wollten. Werdern Sie sich selbst, dann wird sich auch Ihre Lage ändern.“ — Aus diesem Schreiben geht hervor, daß Herr Thomas die Werbearbeit des Bauhener Kollegen unter den Kollegen in Soyerswerda nicht gefallen hat. Er hätte die Kollegen ermuntert und mit ihnen Versammlungen abgehalten, wobei auch ein Obmann gewählt wurde. So etwas kann einem Herrn, der solchen lazen Aufstellungen über Bezahlung und Auslösung halbseitig, natürlich nicht angenehm sein.

Müßel. Die Differenzen bei dem Ofenheisermeister Schreiber sind, nachdem von ihm der Ferienvertrag anerkannt ist, erledigt. Seitens i. d. M. Am 16. Januar besichtigten rund 50 unserer Berliner Ofenheiser das hiesige Ortsmuseum. Nach eingehender Besichtigung und Erklärung der Sammlungen fand eine Nachversammlung im Ratsstüber statt, bei der durch den Museumsleiter, Herrn **Gericke**, ein Vortrag über die Zusammenhänge der Berliner Kachelofenindustrie mit dem Berliner Ofenheiserberuf gehalten wurde. Im Anschluß fanden ausführliche Aussprachen und Vereinbarungen über eventuelle weitere Gemeinschaftsarbeiten zwischen dem Ortsmuseum und den Besuchern zwecks Erhaltung und Förderung des Kachelofens und des Kachelherbes in Groß-Berlin statt. Wir machen unsere Kollegen auf die reichhaltige Sammlung des Reifener keramischen Museums ganz besonders aufmerksam und empfehlen ihnen eine Besichtigung. Es empfiehlt sich, den Besuch in Gruppen des Sonntags zu unternehmen und sich vorher anzumelden. Herr Museumsleiter **G. Gericke** gibt bereitwillig Auskunft.

Einige hiesige Kachelmacher laden sofort ein Gesch. Scholz, vorm. C. Christoph, Ofenfabrik, Rengersd., Weg. Stegnitz.

Internationale Bauarbeiterbewegung

(B-1) Australien. Ein Brief des Sekretärs von The Operative Bricklayers Society (Maurerverband) enthält neben andern folgende Angaben: Es ist hier nicht sehr schwierig, eine rechtsgültige Entscheidung in der Lohnfrage herbeizuführen. Die Gewerkschaft wendet sich einfach an den Ausschuss für das Baugewerbe, der auf Grund des Industriegesetzes von der Regierung eingesetzt ist. Dieses Gesetz schreibt auch die Eintragung der Gewerkschaften vor. Der Ausschuss besteht aus vier Vertretern der Unternehmer, vier Vertretern der Maurergewerkschaft und einem unparteiischen Vorsitzenden, der von den Vertretern ernannt wird. Die Vertreter amieren drei Jahre; für jede Sitzung werden sie mit 10 M. entschädigt. Dieser Ausschuss setzt die Löhne für das gesamte Gebiet der Hauptstadt fest, das einen Umkreis von 10 Meilen, gemessen von der Hauptstadt aus, umfasst. Um Lohnsätze für das Landgebiet zu bekommen, muss sich die Gewerkschaft an das Industrie-Schiedsgericht wenden. Die Gewerkschaft sorgt durch Bestellung von Baudelegierten (Shop Stewards) für Beachtung der Lohnsätze und für Überwachung der Arbeitsstellen. Anfanglich war es schwer, Mitglieder zu finden, die bereit waren, das Amt des Baudelegierten zu übernehmen, aber nach dem Eingange eines besonderen Komitees (job committee), gelang es, die Schwierigkeiten zu überwinden. Die Baudelegierten sind verpflichtet, aller 14 Tage an den Ausschuss zu berichten. Delegierte, die das Recht werden vor die Verbandsleitung gebracht, die das Recht hat, ihnen Geldstrafen aufzuerlegen. Solche Strafen sind schon wiederholt verhängt worden. Da für Gewerkschaftsmitglieder die Akkordarbeit verboten ist, werden Verstöße gegen dieses Verbot durch die Verbandsleitung geahndet. So wurden kürzlich vier Mitglieder wegen geleisteter Akkordarbeit mit je 5 £ (100 M.) bestraft. Bei Zahlungsverweigerung werden die von der Verbandsleitung verhängten Strafen vom Gericht eingetrieben. Der Baudelegierte kassiert auf der von ihm überwachten Arbeitsstelle die Gewerkschaftsbeiträge ein. Das nachstehende Reglement informiert uns über die Aufgaben der Baudelegierten:

Reglement für Baudelegierte.

1. Auf jeder Arbeitsstelle, wo 3 oder mehr Mitglieder beschäftigt sind, ist ein Baudelegierter zu wählen.
2. Der zuerst an die Arbeitsstelle gekommene Maurergeselle hat als Delegierter zu amten; weigert er sich, das Amt anzunehmen, so soll mit ihm verfahren werden, wie es nach der Auffassung der Verbandsleitung das Beste zum Wohle des Verbandes ist.
3. Nach geschener Wahl hat der Baudelegierte die Mitgliedsbücher zu kontrollieren und sich um die Gewinnung der Unorganisierten für die Gewerkschaft zu bemühen.
4. Mitglieder, die mit ihrem Verbandsbeitrag 4 Wochen im Rückstand sind und sich weigern, diesen in Höhe von 2 sh 6 d (250 M.) pro Woche zu zahlen, sind dem Sekretär zu melden, der die Angelegenheit der Verbandsleitung unterbreitet.
5. Der Baudelegierte muss einen Bericht einreichen oder selbst an der alle 14 Tage stattfindenden Generalversammlung des Verbandes teilnehmen.
6. Der Bericht des Baudelegierten muss die Zahl der auf der Arbeitsstelle beschäftigten Maurer, Lehlrlinge

oder Volontäre enthalten, und auch Angaben, ob sie beitragszahlende Mitglieder sind oder in anderer Weise dem Verband angehören.

- 7. Baulegierte, die es unterlassen, ihren 14-tägigen Bericht einzusenden, sind der Verbandsleitung zu melden.
- 8. Der Baulegierte erhält von dem durch seine Bemühungen eingegangenen Golde eine Provision von 5 %.
- 9. Die Berichte der Baulegierten können den Organisatoren des Verbandes zur Verfügung gestellt werden.

Vom Bau

Gittern. Am 18. Januar ereignete sich ein Unfall auf dem Siedlungsbau in der Dremmerstraße. Die Arbeiten werden von der Firma Grohe & Boderoth ausgeführt. Als unser Kollege, der Hilfsarbeiter Gust. Freigang, die Rüttung betrat, um die ersten Mauerriegel darauf zu bringen, brach plötzlich die Streichstange und der Kollege fiel so unglücklich auf die Stellerträger, daß er erhebliche Kopfwunden davontrug. Verletzte Gipse mußte sofort in Anspruch genommen werden. Bei einer Kontrolle konnten wir feststellen, daß das ganze Kellergeschoß, über dem sich die Rüttung befand, nicht abgedeckt war. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Kollegen auf alle Schutzvorschriften zu achten haben. Auch muß unsere Forderung immer wieder lauten: Gebt uns Baufunktionäre aus Bauarbeiterfreien! Vor allem müssen wir aber den Kollegen sagen: Rührt Baulegierte, damit diese solche Gefahren mitüberwachen, denn das Unternehmenslimumm fällt sich den Tausend um eure Knochen. Eure Gesundheit ist euer Leben und euer Brot!

Deggendorf. (Wautenkontrolle.) Im verflochtenen Jahre wurden 61 Wautenkontrollen vorgenommen, wobei sehr viele Mißstände festgestellt wurden. So fehlte überall der Verbandsaft. Bei verschiedenen Arbeiten waren die Gerüste so mangelhaft, daß zur Abhilfe die städtische Baupolizei in Anspruch genommen werden mußte. Bei diesen Arbeiten handelte es sich hauptsächlich um von auswärts hergezogene Pflaster. — Von den Unfällen betrieb einer tödlich, 6 waren schwerer Natur; außerdem mußte noch bei weiteren 17 Unfällen der Arzt in Anspruch genommen werden. Hingezommen noch eine Anzahl nicht gemeldeter anderer Verletzungen. — Auch dieser Bericht zeigt, daß immer noch nicht die nötige Voricht geübt wird. Deshalb ergeht an alle Kollegen der ernste Mahnruf, ihr Augenmerk auf die Gerüste und das Material zu richten.

Dortmund. Ein folgenschwerer Unglücksfall ereignete sich am 20. Januar, nachmittags, an dem bei der Union-Brauerei im Bau befindlichen Hochhaus. Die Firma Winnig & Appellhans, Dortmund, war mit der Herstellung eines Gerüstes für die Montagearbeiten beschäftigt. Aus einer Höhe von 15 m stürzten hierbei der Arbeiter Carl Selling und der Mauerpoller Franz Vebinger ab. Während Selling auf die an der Erde liegenden Teilscheitel fiel und sich neben schweren inneren Verletzungen einen Schädelbruch zuzug, stürzte Vebinger auf die mit ihm in die Tiefe fallenden Gerüstbretter. Er trug neben inneren auch noch Verletzungen an Bein und Arm ab. Selling, 39 Jahre alt, ist am nächsten Tage im Bräckerkranienhaus seiner Verletzungen erlegen. Vebinger befindet sich außer Lebensgefahr, aber auch seine Verletzungen sollen sehr bedenklich sein. Der Unglücksfall ist darauf zurückzuführen, daß ein Gerüstbrettel gebrochen ist.

Naumburg a. S. Ende vergangenen Jahres wurde hier eine Wautenkontrolle vorgenommen. Kontrolliert wurden 13 Bauten. Davon waren 9 Privat- und 4 Behördenbauten; beschäftigt waren daran 175 Bauarbeiter, die Verteilung eingerechnet. Auf allen 13 Bauten war genügend Mitzug vorhanden, jedoch auf 2 Bauten waren die Steller nicht genügend abgedeckt und auf 7 keine Infallvorschriften ausgehängt. Festgestellt wurden 2 schwere Unfälle. Kontrolliert war von den Berufsgenossenschaft ein Bau. Auf 8 Bauustellen war kein Verbandsaft, in Ordnung war er auf 5 Bauustellen. Auf 7 Baustellen fehlte die Heizgelegenheit. Die Warte waren überall in gutem Zustande. Eine Wautende war in miferabler Verfassung, es fehlten Fußboden und Sitzgelegenheit, Baumaterialien lagen umher, der Ofen fehlte. Die Mängel wurden dann zwar beseitigt, aber man muß sich doch fragen, wie es möglich ist, daß organisierte Arbeiter so was tun. Wir werden im Frühjahr erneut eine Wautenkontrolle vornehmen und den Kollegen auch auf andere Weise begreiflich machen, welchen Zweck der Bauarbeiterzweig für alle Bauarbeiter hat. Es muß damit Eufth gemacht werden, daß die Arbeiter mit ihrem Leben und ihrer Gesundheit spielen.

Wiesbaden. Am 22. Januar, morgens 9 1/2 Uhr, ereignete sich an dem Neubau in der Hingauerstraße, Bauunternehmer Füll, ein schwerer Unglücksfall. Die Dachbohrer des Unternehmens Jube, Schwabstraße, sind von der Deckung des Daches befreit, um die Arbeit abzugeben, und zwar mit dem Dach laufend. Das Dach des angezeigten Neubaus ist ungefähr 40 cm tiefer als das Dach, wo der Verrunglückte arbeitete. Infolge der starken Witterung (Schnee) ist der eine Dachstuhl im Aussehen gekommen, dadurch verlor der Verrunglückte das Gleichgewicht und stürzte ab auf das 40 cm tiefer gelegene Dach des anderen Neubaus. Der Verrunglückte fand darauf keine Halt, auch am Schneefang nicht; er stürzte ungefähr 15 m tief ab, während des Sturzes noch einen Hebel und eine Diele durchschlug. Der verunglückte Dachbohrer, Fritz Oberländer, erlitt einen komplizierten Schädelbruch, außerdem ist ihm der Oberkiefer gesprungen, auch hat er innere Verletzungen erlitten. Die Sanitätswoche schaffte ihn ins Städtische Krankenhaus. Die Schuldfrage kann nur so beantwortet werden: Der Bauunternehmer durfte das Gerüst nicht dem schon gedachten Dach nicht aber abdecken, bis das noch zu bedenkende Dach ebenfalls fertig war, andernfalls er das Schutzgerüst verlängern mußte, so daß niemand abfallen konnte. Man muß sich fragen: wo bleibt die Aufsichtsbefehle? Unsere Forderung muß auch jetzt wieder sein: Einstellung eines Wautenkontrolleurs aus Arbeiterfreien! Den Kollegen und Genossen sei rufen wir zu: Wäht auf euer Leben und eure Gesundheit! Schützt Euch selbst!

Allgemeine Rundschau

Die Gewerkschaften gegen den Bürgerlist. Am 23. Januar fand in Augsburg eine stark besuchte Gewerkschaftskonferenz des ADGB, Bezirk Bayern, statt, in deren Mittelpunkt ein Referat des Bundesvorsitzenden, Genossen Leipart, stand, der in seiner Rede auch zu den politischen Ereignissen in Berlin Stellung nahm und unter anderem ausführte: Bei dem Versuch, eine Regierung unter Ausschluß der Arbeiterschaft zu bilden, müsse man sich fragen, ob der Reichspräsident sich dessen bewußt gewesen sei, daß seine Rundgebung eine direkte Verhöhnung der Arbeiterschaft darstelle. Diese Rundgebung habe die Klüft zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum wieder weit aufgerissen. Herr Schölk und seine Freunde hätten zweifellos die gegenwärtige Regierungstrie herauszufahren, weil sie fürchteten, daß die Wiedererführung des Achtundtagentages im Reichstag Aussicht auf Erfolg haben könnte. Die letzte Proklamation des Zentrums enthalte leider kein Wort mehr von dem Achtundtag. Die freien Gewerkschaften werden aber darauf nicht verzichten. Leipart machte unter anderem auch die erfreuliche Feststellung, daß der Mitgliederzuwachs bei den freien Gewerkschaften zum Stillstand gekommen ist und daß bereits Anzeichen eines Aufstieges bemerkbar seien. In Zukunft dürfe Deutschland nicht regiert werden mit dem Willen zur sozialen Ungerechtigkeit und der Entfristung der Arbeiterklasse. — In mehreren einstimmig gefaßten Entschlüsseungen wurden die Maßnahmen der Gewerkschaftsleitung gutgeheißen und die vollständige Beseitigung der Leberarbeit und die generelle Einföhrung des Achtundtagentages gefordert.

Für das Notgesetz über die Arbeitszeit. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages Landtags hat folgenden Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß schleunigst durch ein Notgesetz die Arbeitszeit im Meißel gemäß dem Wahingtoner Abkommen und den Londoner Vereinbarungen der Arbeitsminister geregelt wird.

„Klassen zur Wohnungswirtschaft.“ Unter dieser Stichmarke vertrat am 7. Januar die „Deutsche Bergwerkszeitung“ den nachfolgenden Satz: „Wenn nach Wiederherstellung freier Wirtschaft auf dem Wohnungsmarkt das zum Bauen erforderliche Kapital nicht vorhanden ist, so darf es auch nicht durch steuerliche Maßnahmen der Wirtschaft entzogen werden.“ Das heißt nach und nach: Wenn nach Einföhrung der freien Wohnungswirtschaft das private Kapital nicht bauen will, dann läßt man das eben. Dem Unternehmer bleibt es demnach die Wohnungsnot mit allen ihren üblen moralischen und wirtschaftlichen Begleitscheinungen stehe. Was geht ihm die Allgemeinheit an, seine Klienten haben ja Wohnung! Der frische Standpunkt unternehmerlicher Selbstsucht, gemildert wieder durch höhere Einsicht noch irgendwelches Mitzgefühl für die Wohnungslosen. Brutaler und abstoßender können wohl Unternehmungsgefühle der deutschen Volksgemeinschaft gegenüber nicht ausgedrückt werden. — An anderer Stelle in dem genannten Artikel bemerkt das Blatt: „Die Wahl der Wohnung hat nach der Leistungsfähigkeit des Geldbeutels, nicht aber nach irgendwelchen Begehrlichkeiten zu erfolgen.“ Natürlich: es den Reichen Ralfste, den Armen Hundehütten. So will es die von der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vertretene „göttliche Weltordnung.“ Dagegen zu polemizieren wäre bei solcher Einstellung zwecklos.

Das Reichswohnungsbauprogramm eilt nicht. Dieser Ansicht ist die Reichsregierung. Sie verlinket der faunenden Mittelst, zur Aufstellung eines Reichswohnungsbauprogramms behelhe bis zur Verabschiedung des Finanzausgleichs mit den Ländern keine Möglichkeit. Dieser Ausgleich soll bis zum 1. April 1928 vollzogen sein. Nach Lage der Dinge komme auch eine Anleihe des Reichs für Wohnungsbaup Zwecke nicht in Frage. Für das Baujahr 1927 „hofft“ der Reichsarbeitsminister „halb“ Vorfälle machen zu können. — Ja, hoffe, arme Seele. Währendes tratet lahm und müde der Amisshimmel. Was Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit! Das geniet große Geister nicht. Die Hauptfrage ist der Inffanzgenug. Und wenn der im gewohnten Schmedenkempo abgehäpft ist, dann kommen nicht Beschäftigte zur Ausführung, sondern „Erwagungen.“ Immer langsam und bedächtigt. Auf das aus dem intensiven Wohnungsbaun nichts werden in Deutschland.

Die Föhrung des Landarbeiter-Wohnungsbaues in der Wirklichkeit. Es wird viel darüber gesagt, daß es mit dem Landarbeiter-Wohnungsbaun nicht recht vorwärts geht. Das ist erklärlch, wenn man hören muß, daß sich im Kreise Liegnitz beispielsweise folgendes zugetragen hat: Ein Landarbeiter und Mitglied des Deutschen Landarbeiter-Verbandes hatte beim Landratsamt die Geldmittel aus dem Staatszuschuß für den Bau eines Landarbeiter-Wohnungsbau beantragt. Damit der Landarbeiter nicht hauen konnte, wurde er aus einem nützigen Grunde glatt gehindert. Vor einigen Tagen bestellte ihn der Kreisbauamteiser zu sich. Der Landarbeiter stellte sich ein und bekam folgendes zu hören: „Aus Ihrer Siedlung wird wahrscheinlich nichts werden, da Sie arbeitslos sind und nach dem Gesetz ein Landarbeiter, der bauen will, sich auf zwanzig Jahre verpflichten muß, Landarbeit zu verrichten.“ Der Landarbeiter gab daraufhin die Erklärung ab, daß er sehr gern zwanzig Jahre und, wenn es sein muß, noch länger Landarbeit verrichten will, man lasse ihn aber nicht arbeiten, sondern werse ihn auf die Straße, damit die Siedlungstätigkeit erst gar nicht in Angriff genommen werden kann. Nach diesem Vorgang müßte die Regierungstellen unterzichtig eine Anweisung herausgeben, nach der vorübergehende Arbeitslosigkeit eines Landarbeiters, die, wie in vorliegendem Falle, sehr oft abstrichlich und künstlich herbeigeführt wird, kein Grund für die Nichtgenehmigung eines Landarbeiter-Wohnungsbaues sein darf.

Wie ist Mautstätigkeit im Winter möglich? Von jeher ist es ein wichtiges Problem, wie dem Bauergerber sein Charakter als Saisongewerbe genannern, wie die eigentlichen Bauarbeiten, insbesondere Mauerearbeiten, das ganze Jahr

hindurch geleistet werden können. Diplomingieur Eugen Kaufmann berichtet in der letzten „Wirtschaftstube“ über den Bau von Veruchshäusern in Frankfurt, bei denen die Möglichkeit besteht, massives Mauerwerk fabrikmäßig an einer beliebig weit von der Baustelle entfernten, für die Fabrikation geeigneten Stelle, in einem rationell eingerichteten Betrieb auch während des Winters auf Vorrat herzustellen. Die Steine werden auf Lastautos in der Reihenfolge verladen, wie sie am Bau gebraucht werden, und dort unmittelbar vom Wagen mittels Fördertränern an die Veruchsstelle gebracht. Wenn bei den ersten Veruchen die borgeordneten Ersparnisse noch nicht erreicht werden konnten, so verdient jedoch die Feststellung, daß es bereits gelungen ist, den Mautbau in genau siebzehn Tagen durchzuführen, Beachtung. Eine normale Platte aus Wismbeton erfordert zu ihrer Herstellung und für das Verfüßen am Bau im Durchschnitt 20 Minuten. Ein Stück Wand aus Ziegelsteinen von derselben Stüchengröße und in einer Stärke, wie sie den wärmeisothermen Eigenschaften der Wismbetonplatte entspricht, soll für ihre Herstellung nahezu sieben Stunden erfordern. Die Frankfurter Veruche, die in der kommenden Bauperiode in größerem Maßstab fortgesetzt werden, sollen zeigen, wie eine Heberzwinde der Winterruhe im Mauergerber möglichst ist. Nicht nur in der Plattenfabrik kann ununterbrochen gearbeitet werden, sondern es können auch wegen der Kürze der Montagebaun günstige Wintertage für die Arbeit an der Baustelle selbst ausgenützt werden. Falls die Mauerarbeiten das ganze Jahr hindurch geleistet oder wenigstens in wichtigen Zeilen vorbereitet werden können, wird auf einmal die weitgehende Verwendung von Maschinen im Mautbetrieb zentral, die bisher aus dem Grunde nicht brauchbar waren, weil sie mehrere Monate im Jahre stillstanden und das in ihnen angelegte Kapital sich nicht bezinste. Soweit die interessanten Ausführungen in der „Wirtschaftstube“. Gegen Veruche der hier beschriebenen Art haben wir an und für sich nichts einzuwenden. Nur läge unter den schon seit Jahren beobachteten Verhältnissen näher, zu unterscheiden, wie den Bauarbeitern wenigstens in der günstigen Jahreszeit vollauf Beschäftigung gegeben werden kann. Ehe das nicht durchgeführt ist, ist es in der Praxis möglich, sich mit dem Problem, Mautarbeit auch im Winter auszuführen, zu befassen.

Denkschrift über Arbeitsbeschaffung. Der Reichsarbeitsminister ließ dem Reichstag die angelegentlich Denkschrift über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zugehen. Die Denkschrift behandelt in eingehenden Ausführungen das Programm, das der Reichsarbeitsminister im Juli dem Reichstag mitteilte, und bringt genaue Angaben über den jetzigen Stand der verschiedenen Maßnahmen. Während manche der beschlossenen Maßnahmen bereits vollständig ausgeführt sind, sind andere noch im Gange. Auf den Arbeitsmarkt werden sie sich daher erst in den folgenden Monaten auswirken. Im einzelnen ergibt sich aus der Denkschrift, daß die Aufträge und Arbeiten der Reichsbahn im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms zum überwiegenden Teil bereits Ende Oktober bezogen waren. Die Wautbauten, für deren Fertigstellung das Reich der Reichsbahn besondere Mittel zur Verfügung gestellt hatte, sind sämtlich in Angriff genommen. Die Aufträge aus dem zufälligen Beschaffungsprogramm der Reichsbahn sind seit reiflos bezogen. Die Wohnungsbauautorität hat in den Herbstmonaten mit Hilfe der bereitgestellten Reichsmittel beträchtlich zugenommen, wie auch der Rückgang der Erwerbslosigkeit unter den Bauarbeitern in der gleichen Zeit zeigt. Neben den eigentlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden auch die öffentlichen Mautarbeiten nachdrücklich weiter gefördert. — Von einem Rückgang der Erwerbslosigkeit bei den Bauarbeitern zu reden, trotzdem sie seit Wochen steigt und heute über 40 % beträgt, darf sich nur das Reichsarbeitsministerium erlauben. Allgemein ist aber ohne diese wahrscheintlich sehr schöne „Denkschrift“ schon bekannt geworden, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm, in seiner Ausführung und den beschäftigten sozialen Auswirkungen durch Baurauftrags und andere Erbauwerke gebindert, noch zum großen Teil auf sich warten läßt. Es handelt sich eben nicht um die Finanzierung sonderwüßiger Gewantenlieferungen für die deutsche Reichsmehr.

Betransvotum für den Generalrat der englischen Gewerkschaften. Die Konferenz der englischen Gewerkschaftsvorstände hat die Verhandlungen mit einem Betransvotum für den Generalrat beendet und im Namen der großen Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft Englands die Behauptungen der Bergarbeiter im Mai 1926 im Sinne des Generalrats der Bergarbeiter im Mai 1926 im Sinne des Generalrats von 2840 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, gegen den Bericht 1 936 000. Gegen den Generalrat stimmten außer den Bergarbeitern die Holzarbeiter und die im Handel angestellten Arbeiter. Der Abstimmung ging eine große Aussprache voraus, in der Litrnie mit seiner außerordentlich geschickten Verteidigung des Generalrats auch auf den linken Flügel großen Eindruck gemacht hatte. In der Aussprache sprachen die Führer beinahe aller großen Gewerkschaften. In seiner abschließenden Rede forderte der Vorsitzende der britischen Gewerkschaften, Gids, dessen Mähigung im ganzen Verlauf der Verhandlungen Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen war, die Delegierten auf, dem regen Appell verschiedener Redner Folge zu leisten, die Verganzenheit begraben sein zu lassen und sich nunmehr der Aufgabe des Wiederaufbaues der Gewerkschaften zu widmen.

Bücher und Schriften

„Soziale Bauwirtschaft.“ Monatshefte über die soziale Bauwirtschaft. Die Nummer 2 behandelt die Entwaltung der sozialen Bauwirtschaft in Berlin, bis im Oktober 1919 die Bauhütte Berlin als erste deutsche Bauhütte gegründet wurde, wobei die Interaktion innerhalb eines Jahres ihren höchsten Interaktion und den Bericht ihres Stammbaues. Sie behaupten, die Arbeiter und Mautstellen seien nicht zur erfolgreichen Föhrung von Wirtschaftsbetrieben fähig; sie würden lieber eigenen Betriebe durch Bewilligung untragbarer Forderungen sehr schnell gründen

richtigen. Es kam aber anders. Heute arbeiten in Berlin Neben der Bauhülfe Berlin die Deutsche Bauhülfe, die Baulöhne, die "Selbstaufbau" (Heiz- und Wasseranlagen)...

Das Recht der Gewerkschaften auf tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen. Von Dr. F. F. K. Verlag Bauart Verlags-

Arbeitsgerichtsbarkeit. Von Rechtsanwalt Dr. S. S. Schmaltz,

"Mittler für Alle." Mitgliederzeitung der Univer-

Jumbo macht! Das Sozialpolitik der Deutschen. Heraus-

Gewerkschafts-Bericht. Monatshefte für Theorie und Praxis

untrene. Liste der Betriebsräte in Aufsichtsräten der Aktien-

Nationalisierung und Arbeiterkraft. Vortrag von Mil-

"Lehr- und Unterbau" deutsch-französischer Sprach-

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Ausgehenden auf Grund § 16 der Bundesfassung ist

Genfunden ist in Bremen das Mitgliedsbuch Nr. 1386 299

Gestohlen ist in M ex e b u r g das Mitgliedsbuch

Vom 18. bis 24. Januar haben folgende Baugewer-

Wöttingen 1980,25, Gießen 152,05, Garmisch 100,50,

OLIVE größte Produktion der Welt! FAHRADER Technikumlage Bauschule Billigste u. reellste Bezugsquelle in neuen Gänsefedern...

- Mühlhausen 188,70, Mainz 1200, Nürnberg a. d. B. 660,15, Reife 578,20, Neustadt i. Weichl. 242,85...

Bundesamt: Calbe 2,50 M, Fallersleben 4,50, „Grundstein“-Einbände: Dortmund 6 M. Der Bundesvorstand.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder. Angsbürg. (Wilhelm) Wendelin Schieß, Maurer, 69 J. Breslau. Friedrich Kühn, Hilfsarb., 61 Jahre alt...